Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungsverordnungsliste für 1886 unter Nr. 709.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

„Ich klage nicht mehr!“

So äußerte sich jüngst Herr Hofprediger Stöder in einer Versammlung und wir wollen unser Theil dazu thun, diese Aeußerung festzunageln, denn sie ist charakteristisch für den Mann und für die Atmosphäre, in der er sich bewegt. Der freibleibende Vorkämpfer des Antisemitismus wird uns zwar nicht zugeben wollen, daß dieser sein Ausspruch einen Abschluß seiner politischen Laufbahn bedeute. Er kann das auch nicht zugeben. Aber er gesteht mit seinem Ausspruch indirekt zu, daß er sich aus der Offensive in die Defensive zurückzieht. Und das will bei einem solchen „Stürmer und Dränger“ etwas heißen!

Seinen Gläubigen und politischen Freunden wird Herr Stöder — so darf man doch wohl annehmen? — einreden, daß er „nach den gemachten Erfahrungen“ sich gegen alle öffentlichen Angriffe doppelt und dreifach gepanzert fühlt und ihnen von nun ab eine unerschütterliche Gleichgültigkeit entgegensehen werde. Vielleicht weiß er auf das Beispiel der englischen Politiker hin, die sich auch er nicht so leicht durch Angriffe der öffentlichen Blätter aus der Fassung bringen lassen und die nur im äußersten Fall den Beistand der Gerichte anrufen.

Aber das wird dem Herrn Stöder, mit Ausnahme seiner blindwüthigen Anhänger, schwerlich jemand glauben. Man weiß doch und hat tausend Beispiele dafür gesehen, daß gerade die konservativen Kreise gegen öffentliche Angriffe in Zeitungen und Versammlungen am empfindlichsten und am ehesten geneigt sind, Strafandrohungen zu stellen. Daß unter dieser Gesellschaft gerade Herr Stöder der weiße Hahn sein sollte, will uns absolut nicht einleuchten. Er hat doch bewiesen, daß er sehr empfindlich ist. Und das Temperament ändert sich nicht so leicht.

Wenn ein solcher Kampfmann wie Herr Stöder wehmüthig und resignirt ausspricht: „Ich klage nicht mehr!“ so bedeutet das so viel wie daß er selbst seine politische Rolle für ausgespielt hält. Wer den Mann näher zu beobachten in der Lage war, dem mußte ohnehin schon sich die Ueberzeugung aufdrängen, daß die politische Rolle des Herrn Hofpredigers zu Ende sei, auch bevor er sich zu dem obigen Ausspruch entschlossen hatte.

Wenn die politische Rolle der Herrn Stöder zu Ende ist, so wird es in Deutschland nicht allzuvielen Leute geben, die das bedauern, und ebenso wenig wird man bedauern, wenn die ephemerere Parteibildung, die sich an seinen Namen knüpft, wieder verschwindet.

Herrn Stöders Verehrer werden seine „Verdienste“ rühmen. Nun, Herr Stöder hat den in Deutschland schon überreichlichen Parteizank um ein Uebersichtliches vermehrt, hat ihn sogar auf die größtmögliche Höhe getrieben und hat

die Unduldsamkeit in ein religiös-sozial-politisches System zu bringen versucht. Man glaubte die finsternen Schatten mittelalterlicher Verfolgungsmaschinen wieder auftauchen zu sehen, wenn man auf das wüth lärmende Meer der Herr Stöder sah.

Indessen bilden die bekannten Prozesse nur den formell äußerlichen Abschluß der Stöder'schen politischen Rolle; an ihnen allein wäre eine so energische Natur, wie Herr Stöder sie darstellt, nicht gescheitert. Der gesunde Sinn der Massen, der Arbeiter war der Fels, an dem das Schiff der Stöder'schen Agitation zerschellen mußte. Das wird sich der Herr Hofprediger nun sagen müssen, nachdem er mit all seinen agitatorischen Künsten schließlich doch politisch bankrott geworden ist.

Und er hatte sich's doch so schön gedacht. Dem vielumstühten armen Mann hatte er einen Pfaffenbrei eingerührt, der die Bewunderung aller konservativen Sozialdemagogen erregte und mittelst dessen man glaubte, die Arbeiter so recht zu den Lammfrommen und hypergenügsamen Mustermenschen aufpäppeln zu können, deren die konservative Sache, wenn sie sich noch erhalten will, so dringend bedarf. Aber die Stöder und Genossen irrten sich in der Zeit. Sie glaubten die Arbeiter für sich heranzuziehen, indem sie die Verfolgung des Judenthums zur Parole ihrer Agitation erhoben, und sie kannten die moderne Arbeiterwelt schlecht genug, um nicht zu ahnen, daß sich alle selbstständigen, denkenden und vorgeschrittenen Arbeiter von diesem Pronunziamento der Unduldsamkeit nicht nur stolz abwenden, sondern sich auch energisch gegen dasselbe lehnen würden. Von ihrem beschränkten Gesichtskreis aus hatten sie geglaubt, die tiefen Gedanken von Humanität und Duldsamkeit, die unsere besten und edelsten Geister seit Jahrhunderten gelehrt, seien nicht in die Massen gedrungen, sie seien nur ein gelegentliches Spielzeug der herrschenden Klassen gewesen. Man wird nun einsehen, wie sehr man sich in diesen Dingen getäuscht hat.

Herr Stöder wird natürlich nicht verschlen, zu sagen, daß diese schände Welt für seine staatsmännischen Ideen nicht das genügende Verständnis gehabt habe. Seinem Vorgänger, dem braven Pastor Rnaad, hat die schände Welt denselben Schabernack gespielt. Wir stehen eben dicht vor dem zwanzigsten Jahrhundert unserer Zeitrechnung.

Er klagt nicht mehr!!!

Und wir klagen darum auch nicht.

Politische Uebersicht.

Zur parlamentarischen Lage. Es steht jetzt fest, daß die Regierung noch in der laufenden Session des Reichstags

Es lag in Hennings' Benehmen eine gewisse beleidigende Vornehmheit, die ihm nur in außerordentlichen Fällen und Lusten gegenüber sonst nie zu Gebote stand.

Der Trödler fühlte dies sofort, zog daraus seinen Schluß und begann, ohne sein Benehmen im Mindesten zu verändern, folgendermaßen: „Lieber Herr Hennings! Wir Beide wissen, was vor langen Jahren zwischen uns vorgegangen. Wir sind einander wie Christen beigeprungen, und ich bin dadurch in den Stand gesetzt worden, mich zu einiger Wohlhabenheit zu bringen.“

Sie haben mir aber das Leben gerettet, Schählein, ich vergeß' es nie!“ fuhr in einer edlen Aufwallung Hennings dazwischen.

„Na ja, es ist ja gut! — Wir sind so zu sagen einander gegenseitig zu Dank verpflichtet und ich gewiß Ihnen am meisten!“ Das aber abgerechnet, sind wir seit 1838, wo ich Ihnen das geliehene Kapital mit Zinsen zurückstellte, gegenseitig quitt!“

„Gut, also, quitt!“ — „Nun?“ — „Wenn Einer dem Andern also was Extraes zu Liebe thäte, finde eine neue Rechnung an!“ — „Das, sehen Sie, will ich nicht, will Niemandem verpflichtet sein und auch Niemand soll wegen mir Ueberlast haben!“ —

„So, — nur zu!“ — „Am allerwenigsten aber, Herr Hennings, will ich Anlaß werden, daß mir Alles, was Sie zu meinem Glücke thaten, ein Fluch werde, oder Ihnen gar leid thäte. Also raus mit der Sprache, dann wissen wir doch, wie wir mit einander stehen!“ —

„Also raus damit! Ich höre!“ — „Offenlich auch mit dem Herzen, und nehmen's auf, wie's gemeint ist!“

„Gewiß, Justus! Ich denke, wir kennen uns doch!“ — „Nun, ich habe Ihnen eine Nachricht zu bringen, die mir, glauben Sie, noch unangenehmer ist, als Ihnen.“ — „Ihr Herr Sohn, der Studiosus, und meine Rathilbe haben ein Liebesverhältnis! Gestern Abend kam ich dahinter!“ —

„Gäthe Herrn Hennings eine Ratter gestochen, er wäre

eine neue Branntweinsteuervorlage einbringen wird. Der Reichstag wird sich etwa am 12. April vertagen, um nach Ostern wieder seine Geschäfte aufzunehmen. Ob die dritte Berathung und somit die endgiltige Entscheidung über das Sozialistengesetz schon vor Ostern getroffen wird, ist nunmehr auch fraglich geworden. Seit genug wäre allerdings bis dahin vorhanden, aber — Herr Windthorst wird sich erst die neue Branntweinsteuervorlage genauer ansehen wollen, um bis dahin freie Hand zu behalten. Möglich ist es aber auch, daß die Regierung es nicht ungern sieht, daß zwischen der zweiten und dritten Berathung des Sozialistengesetzes die Osterferien fallen. Da liegt es noch Geheiß, die Schwankenden fest zu machen, da läßt man die lokalen Einflüsse noch spielen, da kommen Landraths und Kommerzienraths mit der Familie des liberalen Kreisrichters oder mit dem liberalen Junggesellen zusammen, da wird die Größe Bismarcks besprochen und der renitente Reichsbote unter Androhung der gesellschaftlichen Unnade beschworen, dem Fürsten Reichskanzler doch noch einmal den Willen zu thun und gegen die bösen, ungläubigen Sozialisten zu Felde zu ziehen. Wir zweifeln zwar auch so nicht an der Verlängerung des Sozialistengesetzes, aber die Regierung wird denken: Doppelt genöthigt läßt besser! Auch der Unmuth über das Branntweinmonopol ist bis dahin im Volke etwas verweht und so wird dasselbe nach den Osterferien viel kühler der projektirten Branntweinmonopolsteuer entgegensehen, wie jetzt. Und sollte dann doch das Sozialistengesetz in der dritten Lesung abgelehnt werden, woran wir, wie gesagt, nicht glauben, so würden die Neuwahlen nicht unter dem frischen Eindruck des abgelehnten Branntweinmonopols, sondern unter dem der neuen Branntweinmonopolsteuer vorliegen. So vereinigen sich die Interessen der Regierung mit denen des Zentrums, so daß es wohl möglich ist, daß neben der neuen Branntweinsteuervorlage auch noch die dritte Lesung des Sozialistengesetzes erst nach Ostern erfolgt.

Ueber die neue Branntweinsteuervorlage wird offiziell dem „Hamb. Korresp.“ geschrieben: „Es wäre verfrüht, schon jetzt auf eine allgemeine und zum Theil unbestimmte Grundlage hin in eine Kritik des Planes einzutreten oder die Aussicht derselben auf Verwirklichung erörtern zu wollen. So viel ist aber immerhin sicher, daß derselbe nicht, wie das Monopol, aus prinzipiellen Gründen a limbo zurückgewiesen werden kann, sondern zur Einzelberathung der sämmtlichen an die Besteuerung des Spiritus sich knüpfenden Fragen notwendig führen muß. Daß die Regierung dabei Gelegenheit finden wird, die Vorzüge, welche der Monopolentwurf in ihren Augen hat, in das gehörige Licht zu stellen, ist klar und mag angeichts der Ausschließlichkeit einer Detailberathung

unmöglich mehr erschrocken. Sein Gesicht ward lang und starr, dann puterroth. Seine Lippen kniffen sich zusammen, um die Verwünschungen zu erstickn, welche ihm auf der Zunge saßen. — Mit großen Schritten maß er das Zimmer.

„Hören Sie mich ruhig an, Herr Hennings, und ich denke, wir werden mit einander zufrieden sein! Ich habe Sie nur um eine Kleinigkeit zu fragen, das Uebrige ist bald gesagt. — Sie werden Ihren einzigen Sohn der Tochter eines Trödlers doch nicht geben, eines Lumpenhändlers, der im Keller gewohnt hat und, ha, ha, mit alten Sachen handelt! Was? — Graberaus!“

„Nun denn, zum Salerment, graberaus! Nie! Niemals!“

Justus athmete tief auf und ward blaß. Aber geschickt verbar er das Bittern seines Herzens wie seiner Stimme in einem kurzen Gelächter.

„Hoho, wußt' ich's doch! Sehen Sie, ebenso geht es mir mit Edmund! — Ihre Person in Ehren, aber — ich gebe meine Tochter keinem leichtsinnigen Sausewind, dessen Motto nur ist: „Mein Lebenslust ist Lieber und Lust und lauter Wind, juchhei.“ — Mein Schwiegersohn muß ein respektabler Mann von solidem Charakter sein, der arbeiten kann und mein Kind glücklich macht. Ich gebe meine Mathilde Ihrem Sohne nicht, — niemals!“

„Herr!“ brüllte Hennings, „und das wagen Sie mir, dem Vater, zu sagen, Sie, der —!“ der Alte stockte.

„Der war's, Herr Hennings?! Der doch wohl ein redlicher Mann, obgleich nur ein Trödler ist! — Meine Tochter paßt Ihnen nicht, Ihr Herr Sohn mir nicht, ich denke, wir sind wieder quitt, wie?“

Hennings schwieg und ging langsam einige Male auf und nieder. Endlich wandte er sich.

„Ja, lieber Schählein, wir sind — quitt! — Im Guten wie im Bösen, und so brauchen wir nur diese Liebeleie zu lösen, als Männer von Ehre zu lösen, dann sind wir ja die alten Freunde.“

„Es ist möglich, daß Ihr Herz in diesem Augenblicke anders denkt, als Ihr Mund spricht, ich aber mein' es auf-

Heuilleson.

Der Trödler.

Roman von A. E. Brachvogel.

(Fortsetzung)

Diese Auskunft schien ihm vom Schicksal selbst in den Weg geworfen, da er, am kalten Stein angelangt, Hennings in der Thür stehen und ihm winken sah. Er trat zu ihm heran.

„Si sieh da,“ lächelte Hennings, „schon auswärtig gewesen? Haben Sie wieder ein recht's Profitchen gemacht?“

„Na, man muß zufrieden sein. Ich danke, es ging an. Habe eben das ganze Inventarium vom russischen Gesandten gekauft, superbe Sachen und billig!“

„Haha, wie der Alte das so vorschmunzelt! Das giebt wieder einen kleinen Pfandbrief ab, wie? — Hören Sie, Justuschen, ich glaube, es wär' gar kein so schlechtes Geschäft, Ihr Schwiegersohn zu werden! Wie viel kriegt Ihr Rüdchen mit?“

„Schählein sah Hennings groß an. — „Reine Tochter? Was sie mitriegt? — Eine Ausstattung, wie sie für solide Leute paßt, meinen Segen und sich selber. Wer meine Tochter nimmt, lieber Herr Hennings, muß sie auch erhalten, und nicht darauf zu warten brauchen, daß denn der alte Justus nicht in's Kaufelnamen bald abfahren will. — Da wir gerade auf das Kapitel kommen, schenke ich Ihnen zwei Worte mit Ihnen allein reden. Es ist für uns Alle wohl das Beste!“

Hennings senior fuhr auf. Sein Gesicht verlor das gutmüthig-schallhafte Lächeln. Er warf die Oberlippe etwas auf, nicht gravitätisch und trat in den Laden zurück.

Schählein folgte ihm durch den Laden und Komptoir, die wohlbekannte Treppe hinauf in sein Wohnzimmer.

„Ihr Herr Sohn ist doch hoffentlich nicht zugegen?“ fragte Justus.

„Mein Herr Sohn ist ausgegangen, Sie können also ganz ungezwungen sprechen,“ erwiderte der Kaufmann. —

dieses Entwurfs mit dazu beigetragen haben, ihren neuesten Entschluß zur Reife zu bringen. — Wir sind auch der Ansicht, daß die Regierung darnach trachtet, die ganze Branntweinsteuerverfrage eingehend diskutiren zu lassen, um schließlich einen möglichst großen Vortheil für den Fiskus herauszuschlagen. Bestätigt wird aber auch hier, daß die Reichstagsession sich noch bis gegen Pfingsten dahin schleppen wird.

Der Reichsfinanzverwaltung liegt die „Pos. Btg.“ in folgendem ganz nachdrücklich den Text. Das Blatt richtet sich gegen die Budgetsteuererhöhung und ihr wohlbedienten Schicksal und fährt dann fort: „Aber die Verantwortung für den gänzlichen Ruin der Budgetsteuer trifft doch die Reichsfinanzverwaltung. Dürfte sie ihre Schuldigkeit seit Jahren gethan, so würden die Unterströmungen im Reichstage nicht zur Geltung gelangt sein. Unsere Finanzverwaltung sucht fortwährend nach neuen Steuern und läßt die alten immer mehr in Verfall gerathen. Eine unglücklichere Finanzwirtschaft wie diejenige des Reichs und Preußens in den letzten Jahren können wir uns kaum denken. Das Resultat derselben ist denn auch eine wohlverdiente Reihe von Niederlagen in großen Fragen, wie sie noch selten die Finanzverwaltung eines großen Staates besessen so kurz hintereinander erlitten hat. Wir brauchen hier nur an die Verwertung des Tabaks-Monopols, an die Ablehnung der verhassten Reform der direkten Steuern in Preußen, an die Verwertung der Biersteuerverdoppelung, des Branntwein-Monopols und der jetzigen Budgetsteuererhöhung zu erinnern, um darzutun, wie groß die Reihe der Mißerfolge unserer Finanzverwaltung ist. In einem einigermaßen konstitutionellen Staateswesen würde nur ein kleiner Theil dieser Niederlagen zu einem Wechsel der leitenden Personen geführt haben. Und ein solcher wird auch trotz der bekannten Dauerhaftigkeit unserer Minister unermüdlich sein, denn auf die Länge kann sich auch bei uns keine Verwaltung am Ruder erhalten, die niemals die geringste Fühlung mit der Volksvertretung zu gewinnen verstanden hat. Wäre nur eine Spur solcher Fühlung vorhanden, so würde Herr v. Scholz nicht, wie seine Offiziösen melden, nach dem Scheitern seines Monopolprojektes und am Ende einer fünfmonatlichen Session, jetzt noch den Versuch machen, ein neues Branntweinsteuergesetz im Reichstage einzubringen. Damit ist es für diese Session vorbei. So schnell lassen sich die schwersten Fehler unserer Finanzpolitik nicht wieder gut machen. Das dürfte auch Herr v. Scholz wiederum erfahren.“ — Durch die letzte Mahnung läßt sich aber weder Fürst Bismarck noch Finanzminister v. Scholz, wie wir aus den letzten officiösen Nachrichten erfahren, irgendwie abschrecken. Das Branntweinsteuergesetz wird noch in dieser Session eingebracht werden, — hoffen wir auf eine erneute Niederlage der Reichsfinanzverwaltung.

Seiner Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Reichstage hat Fürst Bismarck in einem Schreiben an den Grafen Pfeil zu Halle Ausdruck gegeben. Das Schreiben lautet: „Berlin, 18. März 1886. Euer Hochgeboren und Ihren Auftragsgebern danke ich verbindlich für die Begrüßung durch das Telegramm vom 16. d. Mts. und die darin ausgesprochene Zustimmung zu unserer Kolonialpolitik. Bei der Zurückhaltung, mit welcher die Mehrheit des Reichstages unseren kolonialen Bestrebungen bisher gegenübersteht, vermag ich dem deutschen Unternehmungsgeiste in anderen Welttheilen nicht das Maß von Unterstützung zuzuwenden, welches dem nationalen Interesse entsprechen würde.“ — Seitdem Fürst Bismarck mit dem Reichstage unzufrieden ist, sind wir mit demselben etwas zufriedener. Auch das Volk scheint mit demselben zufrieden zu sein, sonst würde es denselben nicht gewählt haben. Außerdem kann der Kanzler ja den Reichstag auflösen, um sich einen besseren wählen zu lassen — aber das Volk? Die Zufriedenheit des Volkes muß für den Reichstag doch unendlich wichtiger sein, als die Zufriedenheit des Reichstagsamplers. Der Reichstag soll doch die Vertretung des Volkes sein. Der Kanzler ist allerdings sehr verhöhnt worden, da die Konservationen und Nationalliberalen sich eben nicht als Vertreter des Volkes, sondern lediglich als Vertreter des Kanzlerwillens bis jetzt gezeigt haben.

Unsere Kolonisationsbestrebungen in Afrika scheinen vollständig am Fieber zu scheitern. Der Gesundheitszustand des Gouverneurs von Kamerun, des Herrn von Soden, ist ein recht schlechter; derselbe leidet unangenehm am Fieber. Wenn das aber schon am grünen Holz geschieht, wie soll's am Bäumen werden? — Ein Gouverneur oder sonst ein höherer Beamter kann sich immerhin pflegen in dem schlechten Klima, während ein Arbeiter noch neben dem ungesunden Klima Anstrengungen und Entbehrungen erdulden muß, denen er dann bald schon zum Opfer fällt. Möge man doch endlich von dem überseeischen „Kolonialschwindel“ ablassen und vor der eigenen Thüre mit dem Kolonialbesen ordentlich kehren.

Republikergötze. Die den Arbeiterregimenten in London und Manchester und den Gewaltthätigkeiten der Bergleute von Decazeville auf dem Fuße nachfolgenden Arbeiterrevolten in Rütteln über welche berichtet wurde, geben den officiösen „Berliner Pol. Nachrichten“ Veranlassung zu einem Artikel, der in energischer Weise für die Verlängerung des So-

zialistengesetzes Stimmung macht. Der Artikel beginnt: „Die Lütticher Arbeiter-Unruhen, an deren höchstem Charakter ein Zweifel nicht obwalten kann, fügen ein weiteres Glied zu der Kette krankhafter Erscheinungen, welche sich in den westlichen Industriestaaten Europas seit kurzem recht bedenklich häufen. So unerfreulich es sein mag, daß die in England und Frankreich thätigen Mächte nun auch schon nach Belgien hinüberzuziehen, von wo der Weg bis zur deutschen Grenze nicht mehr allzu weit ist, so kann doch, bei näherer Ueberlegung, das Faktum selbst überraschen.“ Nachdem das offiziöse Organ alsdann die Ursachen näher beleuchtet hat, welche gerade Belgien zu dem gefährlichsten und fruchtbarsten Boden für sozialistische Ausschreitungen machen, schließt es seine Ausführungen mit folgenden in ihrem Ziel nicht misszuverstehenden Worten: „Es wird der unverdrossenen sozial-reformatorischen Arbeit langer Jahre und mittlerweile der Anwendung strenger Repressivmaßnahmen bedürfen, um die Unterlassungssünden des Manchesterthums einigermaßen weit zu machen. Das deutsche Volk aber dürfte in seiner weit überwiegenden Mehrheit um so weniger Neigung verspüren, auf die Wohlthaten des Sozialistengesetzes zu verzichten, je mehr vom Auslande her sich die Beweise für den schlimmen Gährungsstoff häufen, den schrankenlose sozialrevolutionäre Attentate in Arbeiterkreisen zu erzeugen vermögen.“ — Das offiziöse Organ kann sich beruhigen — das Sozialistengesetz wird auch ohne sein Gehiß verlängert werden. Aber auch diese Verlängerung dürfte den Wunsch verschiedener Elemente in Deutschland nicht in Erfüllung gehen lassen, daß die deutschen Arbeiter sich auf die Weg: zahlreicher romanischer Arbeiter drängen lassen. Die deutschen Arbeiter werden trotz aller Wünsche und Provokationen, das möge sich das offiziöse Blatt hinter die Ohren schreiben, den Säbel nicht zum Hauen und die Finte nicht zum Schützen kommen lassen.

Die Gerichtsverhandlung über die Frankfurter Friedhofskassare scheint der „Kreuz Zeitung“ Gelegenheit zu allerlei „eigenartigen“ Betrachtungen zu bieten. Sie beweist dann zugleich ihre individuelle Eigenart, durch Mißdeutung eines Satzes aus der Rede des Abg. Frohne vom 18. Februar zu dem Schlusse zu gelangen: „daß ohne das energische Einschreiten des Kommissars Meyer die sozialdemokratische Menge Zeit zum Sammeln, d. h. zum offenen Widerstand gefunden hätte.“ Danach hätten sich also die wegen vorsätzlicher Körperverletzung bestraften Beamten, denen der Gerichtshof auch nicht einmal mildernde Umstände zugubilligen vermochte, eigentlich um die Erhaltung des öffentlichen Friedens verdient gemacht, und die Säbelhiebe wären eine Art von Wohlthat gewesen. Man könnte dergleichen für Scherz halten, aber der „Kreuz-Btg.“ ist es hoher Ernst damit, wie sie durch nachstehende Sätze beweist: „Wer die Entstehungsgeschichte revolutionärer Bursche kennt, weiß, daß sie stets nur dadurch zum blutigen Ausbruch gekommen sind, daß es den Behörden an der nöthigen Energie gefehlt hat, sofort die ersten Regungen auch auf die Befehle hin, den Vorwurf scheinbar ungerathener Härte auf sich zu laden, zu unterdrücken. Man wird sich nach dem Ausgang des Prozesses kaum wundern dürfen, wenn bei späteren Gelegenheiten der Muth der Verantwortlichen bei unseren Polizeibeamten durch des Gedankens Blässe sich angegränzt zeigt, während die Sozialdemokratie mit dem Gefühl größerer Sicherheit ihre Demonstrationen in Szene setzen wird.“ — Hierzu bemerkt die „Frankl. Btg.“: Also auf einen revolutionären Bursch hatte es das Reichsgericht Diller's abgesehen, und Herr Meyer und die Schugleute wandern ins Gefängnis, weil sie den „Muth der Verantwortlichkeit“ gehabt haben, Frankfurt durch Säbelattaken auf eine friedliche Menge vor einem blutigen Zusammenstoß zwischen Polizei und Bevölkerung zu — retten. Dieser „Eigenart“ der Auffassung wird man lächelnd nicht nur die Herrn Meyer und Genossen versagen mildernde Umstände, sondern auch die Wohlthat des Art. 51 des Strafgesetzes (Ausschließung der Strafbarkeit durch den Zustand der Verunsinnlichkeit oder durch krankhafte Störung der Geistesthätigkeit) gerne gewähren.

Der „Berliner Börsen-Kourier“ gesteht jetzt zu, daß sein Reporter von dem Herabreißen der Schugleute von den Pferden nichts gesehen habe. „Mehrere Personen haben aber später erklärt, das Herabreißen der Schugleute gesehen zu haben, während ein Schugmann, der mit in die Affaire eingegriffen, nur einräumte, es sei der Versuch dazu gemacht worden.“ Also der betheiligte Schugmann räumt höchstens den Versuch ein und nur der Reporter ist es, der die Betheiligten dann vollends aus dem Sattel wirft. Für diese Heldenthat wird ihm ja der klingende Lohn nicht gefehlt haben. Daß der „Börsen-kourier“ sich aber nicht schämt, in solcher Weise seine Darstellung zu verteidigen, charakterisirt diese Art von Presse!

Aus Bayern wird uns geschrieben: Die Bayerische Handelsbank, eines der bedeutendsten süddeutschen Geldinstitute, theilt in ihrem Geschäftsbericht über das Jahr 1885 u. A. mit, daß das Münchener Lagerhausgeschäft „über eine ungünstige Konjunktur zu klagen habe, indem sich der Getreidezoll . . . immer empfindlicher geltend mache.“ Was

richtig. — Wir mögen übrigens gegenseitig von einander halten, was wir wollen, in einem Gefühl sind wir gewiß einig, wir lieben Beide unsere Kinder und wollen sie glücklich sehen, Papa Hennings. Daß die Sache so gekommen ist, daran sind wir Beide nicht schuld, und daß das Verhältnis nicht mit Standa! gelöst wird, dafür bürgt mir Ihr gefühlvolles Herz, Ihrhalten auf Farbe und Ihr altes Wohlwollen! Die Kinder sind mit einander aufgewachsen wie Brüder und Schwester, wir haben uns nichts Arges dabei gedacht, und so ist es denn so weit gekommen. Es ist eben eine Jugenliebe, wie sie Jeder einmal gehabt hat. — Geben wir ihr aber mehr Bedeutung, Herr Hennings, dann kann's zu unserm beiderseitigen Elend gerichten, verstehen Sie wohl?! — Es ist hier also nur die Rede davon, wie lösen wir die Sache geschickt, ohne Standa! und große Seufzerei? Es giebt nur drei Mittel. Entweder ich ziehe aus, oder ich schicke meine Tochter weg, oder Sie Ihren Sohn.“

Hennings sah ihn fix an, eine eigenthümliche Bewegung kam über ihn. —

Wenn ich ausziehen würde aus dem gut-alten „alten Stein“, Herr Hennings, es brähe mir das Herz, und mein mühsam emporgedragenes Gewerbe ging wieder den Krebsgang. Das werden Sie gewiß nicht wollen! Kann ich's denn überdem verhindern, wenn Edmund Mathilden doch steht?“

„Nein, lieber Schätzlein, das können Sie nicht. Ich will auch nicht, daß Sie ausziehen, das dürfen Sie auf keinen Fall!“

Meine Tochter fortzuschicken, zu Verwandten etwa, kann ich nicht! Warum? Ich habe keine, will auch keine! — Ach, das Mädel ist unsere einzige Freude, und deshalb möchte ich Sie bitten, daß Sie den Waise Edmund irgend wohin, in eine andere Stadt, oder ein auswärtiges Gericht schicken, Sie haben ja gewiß überall viel Bekanntschaft. Einwigen Briefwechsel könnte man verhindern, und wenn erst Ihr Sohn in andere Luft, unter andere Gesellschaft kommt, häßliche, reiche, wohlgeschmiegelte und parfümirte Frauenleute sieht, passen Sie 'mal auf, in einem Jahre hat er die

Hilbe vergessen! Wir aber werden schon mit unserm Kinde fertig werden!“

Bei der Zumuthung, seinen Sohn fortzuschicken, schrat Hennings zusammen. So wenig er sich sonst übermäßig um seinen Sprößling bekümmert hatte, erregte ihm dieser Gedanke doch einen plötzlichen, eigenthümlichen Schauer. Er schüttelte denselben aber bald ab und hörte Justus' Argumente ruhig zu Ende. Dann stand er vom Sopha auf, in das er sich vorher geworfen, trat zu Schätzlein und legte seine Hand auf dessen Schulter.

„Nein lieber alter Freund,“ und er schüttelte seine Hand, „Sie haben mir viel Uebles und — und Beleidigendes gesagt, aber ich e'kenne auf's Neue, was Sie für ein grundrechtsschaffener Keel sind. Was Sie mir da vorgeschlagen, daß Edmund weggehen soll, ist wohl das Beste; mein Hirn ist nur heute so kraus, daß ich nicht Ja, nicht Nein sagen kann. Morgen, wo er um zehn Uhr im Examen ist, — er macht den Auskultator — reden wir weiter. — Aber, Justus, wenn er nun nach zwei, drei Jahren wieder kommt und sie lieben sich noch? Was dann?“

„Warten Sie's doch ab! — Ich sage Ihnen, er hat sie vergessen, oder ich müßte mich das erste Mal in einem Charakter geläuscht haben!“

„Sie denken überaus gering von meinem Sohne!“

„Ich denke nicht gut, nicht schlimm von ihm. Herr Edmund hat ein gutes Herz, treffliche Fähigkeiten, er kann und wird, hoff' ich zu Gott, ein gar tüchtiger, ein höchst vornehmer, ein — Mann im Staate werden!“ — Darum eben wird er mein Kind, vergessen! Er wird, sag' ich! — Bis dahin kann ja meine Mathilde auch verheirathet sein! Dann ist sie zwanzig Jahre, na, und hat doch der Keufel sein Spiel, und das können wir bald genug erfahren, — so nehme ich mein Kind, packe auf — und der „alte Stein“ wird den alten Trödler für immer los. — Ist schon gut, Herr Hennings, lassen Sie nur! Ich sag' Ihnen, ich werd' die Sache mit des Himmels Güte schon abwikkeln. Nur Stillschweigen und Schonung, darum bitte ich!“

Dieser Unterredung gemäß thaten beide Väter, als bemerkten sie das Verhältnis der jungen Leute nicht, aber

thut es aber, wenn auch das für Deutschland notwendige, blühige Getreidelorn des Auslandes durch chinesische Schutzollmauern uns ferngehalten wird, wenn nur die nothleidenden Herren Großgrundbesitzer einen tüchtigen Profit dabei machen. Es geht ihnen ja trotz alledem, trotz Vieh-, Holz-, Kornzöllen so gottschämlich schlecht, daß die Regierung ihnen mit dem Fiskusmonopol beizugehen wollte. Das scheint ja vorläufig verwehrt. Vielleicht geht das Staats-Schnapsrefraktions- und Versteigerungsprojekt das nächste Mal um so glänzender durch. Die Nationalliberalen des Reichstages müssen sich ja bereits um ihren eigenen Parteigenossen, von dem Führer der „schäuflichen Völkereien“ des Sädens, von dem Oberrenommisten und Reichstagsdurchfallkandidaten in perpetuum, dem Herrn von Schaub in der Münchener „Süddeutschen Presse“ wegen ihrer unerhörten antilastischen Vordringlichkeit abzulassen lassen. Abzulassen wie Schulbuben, die ihre Vektoren nicht gut haben aussagen können. Der arme Dr. Buchl wird von dem Odien aus dem Geflecht der Schätze der mangelhaften Information, auf deutsch der Unwissenheit beschuldigt. Nun ist es ja nicht zu leugnen, daß Herr von Schaub an den Folgen seines chronischen Wahldurchfalls schwer zu leiden hat, er leidet an zurückgetretenem Reichstagsmandat, einem Uebel, das bei diesem Herrn aller Voraussicht nach unheilbar sein dürfte. So wenig ernst der forspäthentische Blagueur zu nehmen ist, der auf der Tribüne der bayerischen Kammer schon so manchen Weiterleitersfolg zu verzeichnen hat, so ist doch das ganze Vorgehen der bayerischen Heideberger Charakteristik für die in der liberalen Bourgeoisie herrschende stürmische Neigung, vollständig im Bismarckultus aufzugehen. Der besizende Kern der Nation, wie Herr von Pustlammer bei der Sozialisten-debatte so schön gesagt hat, weiß aber auch ganz genau, warum er dies sacrificium del intellectus so bereitwillig darbringt. Inbigiertheit hat sich nicht so eifrig um Ospreto bereit erklärt, als der „besizende Kern“ zur Drangabe seiner politischen Selbstständigkeit. — Aus dem bereits erwähnten Bericht der Vereinsbank entnehmen wir auch, daß der Ausschichtsrath (bekanntlich sind Ausschichtsräthe die reinen, Tag' und Nacht zur Blädelerei verurtheilten Kulis) eine Tantieme von 10 Pct. = 78 605 M. 79 Pf., und ferner die Direktoren als vertragsmäßigen Gewinn-antheil 44 302 M. 89 Pf. erhielt, ein „Entbehrungslohn“, vor dem man alle Achtung haben kann. — Die Diskonto-Gesellschaft hat eine Steigerung des Nettogewinns um 1/2 Million zu verzeichnen, so daß 11 Pct. Dividende zur Vertheilung gelangen konnten. O diese armen Aktionäre! — In gleichem Verhältnis mit dem Wachsen der Dividenden und sonstigem Unternehmensgewinn sinken überall die Arbeitslöhne. Wie Sie bereits gemeldet, haben die Arbeiter der Bernais'schen Schuhfabrik in Fürtz die Arbeit wegen Lohnherabsetzungen, die zum Theil bis zu 40 Pct. betragen, und wegen unerhörter Ausdehnung der Nacharbeit einen Streik inszenirt. In einer am 15. März abgehaltenen großen Volksversammlung seien die Mitglieder in der Bernais'schen Musteranstalt einer scharfen, gerechten Kritik unterzogen worden. Zwei Vorarbeiten wurde vorgeworfen, daß sie gegen Arbeiterinnen sich unstilllicher Handlungen schuldig gemacht hätten; der betreffende Redner machte den überwachenden Polizeibeamten ausdrücklich auf diesen Umstand aufmerksam. Hoffentlich findet sich die Staatsanwaltschaft veranlaßt, einzuschreiten, um Licht in dieses — Halb Dunkel zu bringen. —

Die Sozialdemokraten des jetzt durch Stauffenberg vertretenen Wahlkreises Erlangen-Fürtz, Herdbruck beginnen bereits jetzt mit einer umfassenden Agitation. So sprach am 14. März Dr. Bruno Schoenlant in Bruck, einem Industriecorridor bei Erlangen, vor einer äußerst stark besuchten Versammlung über „die Arbeiter und der Reichstag“. Nichts findet eine Volksversammlung, die erste seit 8 Jahren, in dem Sitz des nationalliberalen Oberpriesters Prof. Dr. Marquardien, in Erlangen statt, in welcher gleichfalls Schoenlant das Referat haben wird. Die Arbeiterpartei hofft das nächste Mal in die Stichwahl zu kommen. — Die Schreiner in der Steingraberschen Pianofortefabrik zu Bayreuth streiken noch immer. Hoffentlich nimmt diese erste Arbeitseinstellung der Bayreuther Arbeiter einen guten Ausgang, hoffentlich ist sie eine gute Overture zu einer noch besseren Zukunftsmusik über das Thema: Befreiung der Lage der Arbeiter. — Die Bauhandwerker in Nürnberg haben Aussicht, mit ihrem 1886er Programm: 1. Einführung eines zehnjährigen Arbeitsjahres; 2. Regelung des Lehrlingswesens; 3. Kampf gegen die Schmutzkonkurrenz der böhmischen Arbeiter; 4. Ausschluß der Frauenarbeit auf Bauten; 5. Einführung eines Gesellschaftsausschusses in den Meisterath bei Verathung von Lohn, Arbeitszeit und Beurlaubungen, Erfolge zu erzielen. Die Bauhandwerker sind nämlich in Nürnberg selten so rege gewesen, wie gerade in diesem Jahre; ein Bild in das Amtsbild zeigt uns, wie jede Woche die Zahl der eingereichten und bewilligten Baugesuche mit geradezu lawinenhafter Geschwindigkeit wächst. Wenn die Nürnberger Bauhandwerker sich den Forderungen ihrer Branchen massenhaft anschließen, und es ist Aussicht dazu vorhanden, so können sie auf ein günstiges Resultat ihres Lohnkampfes rechnen.

nur um sie desto gewisser auseinander zu bringen. Es war beschlossene Sache zwischen Hennings und Schätzlein, daß Edmund B. . . verlassen sollte, sobald sich eine schickliche Gelegenheit finden würde. Dieselbe fand sich auch, nachdem Edmund glücklich das Auskultatorexamen hinter sich hatte. Hennings theilte nämlich insgeheim seinem Freunde, dem Kammergerichtsrath Korrell, mit: es sei sein Wunsch, daß Edmund bis zum Affessorexamen an einem Provinzialgericht beschäftigt werde, um ihm eine unpassende Liaison aus dem Hirn zu bringen. So ward Herrn Auskultator Edmund Hennings durch Ministerialreskript der nachdrückliche Wunsch ausgesprochen, welcher in diesem Falle einem Befehl gleich galt, sich nach dem Oberlandesgericht zu S. . . zu verfügen, der Hauptstadt einer nördlichen Provinz, berühmt wegen seines Hafens, seines mächtigen Handels und der reichen Kaufmannschaft.

Wie ein Donnerstags traf diese Nachricht die Liebenden und zertrümmerte alle ihre seligen Pläne, die kurze Bonneszeit der ersten, heißen, Alles verzehrenden Liebe. Mathilde blieb einem Schatten, wie ein Schlafrunkener starrte Edmund vor sich hin und schien den Gedanken der Trennung erst gar nicht fassen zu können.

Christine war außer sich, doch wagte sie nicht, mit ihrer Klage der Tochter Herz noch mehr zu beschweren, aber gar den Unwillen ihres Mannes zu wecken, kannte sie doch seine unverrückbare Ansicht.

Selbst Hennings senior war es weh um's Herz, er wußte nicht warum! — Konnte ihm doch nichts erwünschter sein, als die endliche Lösung dieser ihm höchst fatalen Derzensaffaire seines Sohnes. Derselbe blieb ja nur drei Jahre fort, konnte sogar die Gerichtsferien dabei er sich bringen, was wollte denn also der Alte? Hatte er sich jemals so für seinen Sohn interessiert, war er nicht stets seinen alten Gewohnheiten und Gesellschaften nachgegangen, ohne sich um Edmund's Lebenslauf groß zu kümmern, außer wo er Schulden für ihn zu bezahlen hatte, was ihm manchmal eben so kostspielig wie verdrüsslich gewesen?

Der Einzige, welcher, kalt wie Eis, mit einer unerbittlichen Gleichgültigkeit dreinschaute, war Schätzlein. Er

Belgien.

Wenn die offenbar übertriebenen sich vielfach widersprechenden Nachrichten über die Tumulte irgend etwas klar stellen, so ist es nur die Unwissenheit und Gehässigkeit unserer Organe der öffentlichen Meinung, vom Reporter und Feilschreiber an bis herauf zu den offiziellen Telegraphenbüreau. Gestern waren es noch Sozialisten, welche Steine warfen und Säden und Gassen plünderten und demolierten, heute sind es Anarchisten, — als ob das alles eins wäre! Auch der Sozialdemokrat Wagener aus Herstal hat sich über Nacht in einen Anarchistenapostel verwandelt. In der That, trüben können die Quellen nicht sein, aus denen unsere gesinnungs-tüchtige Presse schöpft. Hören wir nun, was ein Korrespondent der „Post. Bl.“ schreibt: „Für den ganzen angestrichelten Schaden hat geglätt die Stadt aufzukommen; bis jetzt sind 60 000 Franken zum Schadenersatz angemeldet. Die Banden (!) haben aber nicht nur die Schaufenster eingeschlagen, sondern auch aller Orten tüchtig gestohlen; so dem Juwelier Deion für 8000 Franken Schmuckstücke, einem anderen Juwelier für 1500 Franken Uhren; dem Schirmfabrikanten Veruete wurden sämtliche 40 im Schaufenster befindlichen Schirme entwendet; Bäcker- und Kaufmannsläden in der Rue du Pont wurden geplündert und die Waaren auf die Straße geworfen. In der Taverne Royale sind 43 kostbar gefüllte Scheiben zertrümmert worden.“ — Seltzam erscheint uns, daß hier immer nur von Juwelern, Schmuckstücken und Schirmdiebstählen die Rede ist, daß aber Brod und Nahrungsmittel auf die Straße geworfen wurden! Hungerig, „Arbeiter“ würden doch mit diesen etwas besseres angefangen haben! Das weitere mag richtig sein: „Die lange industrielle Krise, besonders in der Metall- und Kohlen-Industrie, hat tausende von Arbeitern unbeschäftigt gemacht, die mit ihren Familien hungern, und selbst die Beschäftigten erhalten, da die Arbeitslöhne fortwährend heruntergesetzt werden, meist wahre Hungerlöhne. . . Da zahlreiche Kohlenwerke wieder die Löhne herabsetzen, auch einen Theil der Arbeiter entlassen, so stellen die aufgeregten Arbeiter die Arbeit ein. Die Verhältnisse sind ernst. Es ist sehr zu beklagen, daß die großen öffentlichen Arbeiten, deren Ausführung die Regierung versprochen, nicht ausgeführt werden; als Grund giebt sie die schlechte Finanzlage an. Jedenfalls haben die Vorkämpfer der Arbeiter die Augen über die traurigen Arbeiterverhältnisse geöffnet, nicht minder über das gewissenlose Treiben der anarchischen Führer. Die Forderung ist unverkennbar groß. In einem solchen Moment wird das neue Militärgesetz publiziert, das der Senator Graun treffend charakterisiert: „In Belgien herrschen die Reichen, die die Armen haben es zu vertheidigen.“ — Etwas märchenhaft klingt auch die Nachricht der „Kön. Bl.“: „Es wurde ein Zug der Eisenbahn Kemper-Lüttich am Sonnabend Abend bei Seraing durch Arbeiter angegriffen. Die Fenster des Wagens erster Klasse wurden mit Steinen eingeworfen, dann fielen Schüsse auf den Wagen. Die Angegriffenen schossen ebenfalls in die Menge. Niemand wurde verletzt.“ Ueber letzteres freuen wir uns, nur die Schüsse scheinen uns ziemlich zweifelhafter Natur. Seit wann fährt man denn in der Eisenbahn mit Revolvern und Flinten?! Trotz alledem mag ja die Lage sehr ernst sein. Daß der Kriegsminister nach Lüttich und Seraing abgereist ist, spricht dafür. Hoffen wir, daß Ausschreitungen von beiden Seiten in den Streikdistrikten unterbleiben.

Frankreich.

Deutsche chauvinistische Blätter ereifern sich darüber, daß es die französische Kanäle definitiv abgelehnt haben, sich an der im Sommer stattfindenden Berliner akademischen Jubiläumssfeier zu betheiligen. Nachdem dieselben Blätter nicht genug von der Theilnahme an der Pariser Weltausstellung gewarnt haben, thäten sie wahrlich besser daran, über das gleiche Verhalten der Franzosen zu schweigen.

Die Streikenden in Decageville finden fast überall die lebhafteste Sympathie. Dem „Eti du peuple“ wird unter dem 19. d. M. zwar telegraphirt, daß der Gemeinderath von Lyon den Antrag, für die Streikenden von Decageville einen Kredit von 5000 Franken zu bewilligen, mit 26 gegen 13 Stimmen verworfen hat. In derselben Nummer des sozialistischen Blattes liest man aber, daß der Gemeinderath von Marseille gestern für die Streikenden 1000 Franken votierte und daß in Decageville der Pariser Gemeinderath gegen den Seinepräfecten bei der Verteilung der 10 000 Franken Recht behält. Statt des Untersuchungs-bureaus ist nämlich außer dem Maire eine Delegation der Streikenden damit betraut und es erhalten die Armen, deren Noth nicht von der gegenwärtigen Arbeitseinstellung berührt, nichts.

Großbritannien.

Daß die Barnetliten Gladstone jede Verlegenheit ersparen wollen, zeigt sich bei allen Gelegenheiten. So richtete neulich Michael Davitt in Oxford einen warmherzigen Bursch an seine Landsleute, sich der agrarischen Beschwerden zu enthalten, weil diese der Sache der Home Rule schaden, das englische Worturtheil wachrufen, und den Charakter des irischen Volkes

verzog bei dem bleichen, verweinten Aussehen seiner Tochter keine Miene, sprach kein Wort der Tröstung, er war auf sein Geschäft jetzt verspichtet als jemals.

Da beide Liebende trotz ihrer Blindheit, sich in der letzten Zeit nicht mehr sicher gefühlt, so hatten sie Beate's Stube, welche nach Johann's Tode Haushälterin Josua's gemorden, nicht mehr für ein rathames Asyl gehalten, sondern in der schwärmerischen Romantik der Jugend den Heiligen-Geistlichhof vor der Stadt zum Stellbischen erwählt. Reinen Vertrauten hatten sie, als Mutter Christine, die um so mehr der Schwäche ihres Herzens nachgab, als sie der Starrheit des Vaters glaubte die Wage halten zu müssen, und sie von der Sittensorgne und Reinheit ihres Kindes überzeugt genug war. „Man kann nicht wissen, ob sie nicht doch ein Paar werden!“ raunte ihr die Hoffnung zu, die Hoffnung, jene große Täuscherin aller Menschen.

Am Abend vor der Abreise trafen sich Mathilde und Edmund zum Abschied auf dem Gottesacker. — Dirsomal begleitete Christine selbst ihr Kind. Weniger, weil sie eine Unüberlegtheit befürchtete, als irgend ein leibliches Uebel, eine Ohnmacht oder einen sonstigen Unfall, den übergroße Aufregung herbeiführen könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Im Grand-Theater findet heute, Mittwoch, das Benefiz der beliebten Liebhaberin dieser Bühne, Fräulein Ida Müller statt. Zur Aufführung gelangt „Die Waise von Lodo.“ von Charlotte Birch-Pfeiffer. Den Hochheiter spielt Herr Hermann Günther (als Gast), die Beneficiant spielt die Jane Gore. Wünschen wir der so gern gesehenen Darstellerin ein volles Haus.

Alhambra-Theater. Heute findet eine Extra-Vorstellung ohne Erhöhung des Eintrittspreises statt. Es gelangt zur einmaligen Aufführung das Schauspiel „Der Bluträcher von London.“

Am Sonntag wurden im Louisenstädtischen Theater „Die Räuber“ vor ausverkauftem Hause mit großem Beifall aufgeführt und die Darsteller der Hauptrollen durch mehrfachen Hervorruf geehrt. Die Direktion hat sich deshalb entschlossen,

schädigen mülken. Er appellirte an das irische Volk, den Premierminister in seinem Bestreben, Irland den erleuchteten Frieden zu geben, nach Kräften zu unterstützen. Davitt will übrigens dem in Aussicht stehenden irischen Parlament die Kontrolle über die Polizei und die Macht zur Aufhebung von Importzöllen übertragen sehen. Er geht also weiter, als die meisten englischen Besürworter des Home Ruleplan.

Mr. Chamberlain hat als Präsident des Lokalregierungsamts ein Rundschreiben an die Armenräthe im ganzen Lande erlassen, worin er empfiehlt, statt der Arbeit des Bergaufens und Steinlopfens in den Armenhäusern die besser lohnende Spaten-Industrie einzuführen. Damit erreicht man natürlich weiter nichts, als daß die billige Armenhausarbeit der privaten Gewerbsthätigkeit auf einem bisher unbedeutend gebliebenen Gebiet Konkurrenz macht.

Amerika.

Wir wiesen neulich bereits auf die beschämende Bestechungssaffäre hin, welche die Verhaftung des Gemeinderaths-Führer herbeiführte. Das Senatskomitee, welches die Angelegenheit untersuchte, und nicht weniger als 18 Stadträthe als der Bestechung verdächtig schilderte, sagt in seinem Bericht wörtlich folgendes: Die Willkuren solchen Unrechtes auf gute Regierung und soziale Ordnung treten immer klarer zu Tage, wenn wir Tag für Tag den Mangel an öffentlicher Moral und den Verfall amtlicher Unbescholtenheit und Ehrenhaftigkeit wahrnehmen. Die Anhäufung enormen Reichthums auf irgend welche Art, wie strafbar sie auch immer sein mag, ruft nicht mehr aufrichtige Entrüstung hervor oder veranlaßt keine Proteste der öffentlichen Meinung mehr. Die größten Uebelthäter werden entschuldigend, weil sie erfolgreich sind, die Gerechtigkeit wird feil und das Gesetz wird umgangen; und so kriecht sich der Krebsgeschaden der Korruption bis zum Markte des Gemeinwesens ein, bis die Gefahr vorliegt, die Zeit sei nicht mehr ferne, wenn unser Maßstab der amtlichen Ehre und Unbescholtenheit unter das in halbivilisirten Ländern herrschende Niveau herabsinkt. Wir kommen nun zu der Erwägung, welches Hilfsmittel angewendet werden soll. Ihre Kommission glaubt, daß dasselbe rasch zum Ziele führend, gründlich und zuverlässig sein müsse. Rasche und summarische Justiz soll gegen alle Schuldigen gerührt werden und, was eben so wichtig ist, die Früchte ihrer Verbrechen sollen ihnen fortgenommen werden. Keine Vergeltung wird genügen, keine Strafe wird jemals Abhilfe schaffen oder Männer in der Zukunft von der Begehung gleicher Verbrechen abhalten, wenn nicht die ungerech erworbenen Gerechsamte und Eigentum in jeder möglichen Weise den rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben werden. In der raschen Ausführung dieses Planes wird man die einzige angemessene Strafe oder das einzige abschreckende Beispiel für die Habgier unehrlicher Menschen finden.“ Wenn die große nordamerikanische Republik den Krebsgeschaden der Freilheit und Rückständigkeit der Beamten ausrotten könnte, würde sie allerdings ganz anders gediehen, als heute, wo ihr von gewissenlosen Schmarozkern ihre besten Kräfte entzogen werden.

Parlamentarisches.

Der Abgeordnete Heine hatte gestern die Absicht, im Reichstage vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung gegenüber den Mittheilungen des preussischen Justizministers in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. d. M. abzugeben. Nach einer daraufhin gepfundenen Unterredung mit dem Präsidenten des Reichstages nahm der Abg. Heine für gestern von seinem Vorhaben Abstand, da der Präsident glaubte, erst nähere Kenntniß von den beabsichtigten Ausführungen nehmen zu sollen, die schriftlich zu geben der Abgeordnete Heine keinen Anstand nahm. In einer der nächsten Sitzungen wird die Angelegenheit erledigt werden.

Lokales.

Ein edler Arbeitergeber. In der Elbstrasse befindet sich die Filzschuhfabrik von R. E. S. Der Inhaber dieser Fabrik beschäftigt seit Jahren drei Arbeiter, mit denen er nach Belieben verfährt. Der eine davon ist bei dem Fabrikanten gegen Lohn beschäftigt und macht dafür, was der Herr von ihm verlangt. Er ist Schneider, Arbeitsmann, Hausdiener und zur Noth — Dienstmädchen. In Folge der vielseitigen Funktionen wird er auch etwas vorgezogen. Die beiden andern arbeiten außer dem Hause; natürlich geht es diesen auch nicht viel besser, im Gegentheil noch schlechter. Diese beiden Arbeiter erhalten pro Woche 4, sage vier Duzend Filzpanntoffeln a 1,25 M. = 5 M. Dieses ist aber kein Verdienst, wenn nämlich die Ausgaben abgerechnet werden, bleiben 4,40 M. Dabei muß die Frau helfen, das Futter nähren und die Rentoffeln einsammeln. Dem Arbeiter bleiben ganze 2 M. Dies ist die stille Geschäftszeit. In der stotlen Geschäftszeit bekommen sie vielleicht 8—10 Duzend; das ist aber das Höchste, d. h. wenn der Herr Fabrikant nicht verreist ist, was öfter wie einmal vorkommt. Dann müssen sie eben feiern, oder unfrei-

„Die Räuber“ am Mittwoch zur nochmaligen Aufführung zu bringen.

Verhungert und erkoren. Vor einigen Tagen wurde Abends in einem Straßengraben in Floridsdorf bei Wien von einer Sicherheits-Patrouille ein in Lumpen gekleideter Mann bemühtlos aufgefunden und auf die Wache gebracht. Der Bewußtlose, nach einigen bei ihm vorgefundenen Papieren der 42jährige, arbeitslose Tagelöhner Johann Blos, war durch den in letzter Zeit ausgefallenen Frost und Hunger zu einem Stetle abgemagert und am Kopfe fanden sich mehrere blutunterlaufene Stellen vor, die wahrscheinlich vom mehrmaligen Auffallen auf die spitzen Steine herrühren dürften. Nachdem ein herbeigerufener Arzt sich vergebens bemüht hatte, den Bewußtlosen wieder zur Besinnung zu bringen, wurde derselbe zu Wagen in ein Spital nach Wien gebracht, wo er jedoch, ohne noch vorher das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, am nächsten Morgen verschied. Nach ärztlicher Aussage ist der Tod in Folge mangelhafter Nahrung und Einwirkung der Kälte eingetreten.

Schneesturm in Oberitalien. Aus Venedig wird geschrieben: „Es will auch in Italien durchaus nicht Frühling werden. Ein stürzender Schneesturm hat in den Tagen vom 13. bis 15. d. fast ganz Oberitalien in bestigster Weise heimgesucht. Fast aus allen Städten laufen gleichlautende Berichte über das in dieser elementaren Gewalt bei uns glücklicherweise zu den größten Seltenheiten gehörende Unwetter ein. Namentlich Genua, Mailand, Turin, Cremona, Bergamo und Venedig wurden arg mitgenommen. In Genua schneite es ununterbrochen durch 24 Stunden; am Morgen des 15. ds. bot der Hafen mit den schneebedeckten Schiffen und Masten und den schneeweißen Gipfeln seiner Bergumrahmung ein charakteristisches Bild einer nordischen Hafenstadt. Auch in Mailand, Turin und Bergamo gab es heftige Schneegestöße bei ungewöhnlicher Kälte. Am argsten mülhete das Unwetter natürlich auf dem flachen Lande, wo stellenweise förmliche Schneewehungen stattfanden; fast alle Eisenbahnzüge hatten mehrstündige Verspätungen. Auch die Küste der glücklicher Weise meist nur in leichter Weise Verunglückten und Verwundeten ist eine bedeutende. Wie Nachrichten aus den Bergeshängen mit elementarer Gewalt; der Schnee liegt stellenweise 80 Zentimeter hoch.“

Ein Bild der Lokomotive. Eine der hübschesten Schilderungen der Lokomotive überhaupt und insbesondere der ersten Lokomotiven findet sich in den Briefen der englischen

wilige Spaziergänge unternehmen, was man im gewöhnlichen Leben dummeln nennt. Es kommt auch vor, daß zur Messe gearbeitet wird, dann natürlich hat ja der Arbeiter 12—15 M. pro Woche Verdienst, macht aber dabei einen 15—16stündigen Arbeitstag. Man muß sich nur wundern, wie diese Arbeiter immer noch mit ihrem traurigen Loos zufrieden sind. Sie können sich eben nicht trennen, trotzdem der Fabrikant so wie kleine Kinder behandelt. Ist nun einmal viel Arbeit, so daß noch Leute angenommen werden müssen, so müssen diese neuen Arbeiter sich eben in die Launen jenes Herrn fügen, wenn sie es nicht vorziehen, wieder aufzuhören. Natürlich hat der Herr Arbeitgeber die edle Dreistigkeit, sich seinen Arbeitern gegenüber noch als besonders human hinzustellen. Wir sparen uns ein Urtheil über solche Humanität. Dieser Herr wird plötzlich einmal einen andern Artikel fabriziren lassen. Dieser Artikel ist noch neu, er vereinbart mit einem andern Arbeiter einen Preis, d. h. nur mit diesem, denn derselbe ist schlauer wie die andern; die andern arbeiten eben ohne zu wissen, was sie für ihre Arbeit erhalten und wie lange sie zu thun haben, und nehmen dann, was ihnen der Fabrikant giebt. Als nun die Arbeit fertig war und es zum bezahlen kam, da lügt er dem Arbeiter, man höre und staune, geradezu ins Gesicht, einen viel geringeren Preis vereinbart zu haben. Dieser Arbeiter hat nun ebenfalls dasjenige nehmen müssen, was er bekommen hat, da er es vorgezogen, sich nicht mit diesem sauberen Herrn vor Gericht aufzusprechen. Die andern Arbeiter waren ja zufrieden, denn Hunger thut weh. Verdient solches Gebahren eines Arbeitgebers nicht, an den Pranger gestellt zu werden?

w. l. Frei wie der Vogel werden wir Menschen uns bald durch die Lüfte schwingen können! Dem Klempner Herrn Baudisch, Reichsstraße 44, ist es gelungen, eine Flugmaschine zu erfinden, mit deren Hilfe wir den gesicherten Luftbewohner Konkurrenz machen können. Welch eine herrliche Perspektive eröffnet sich uns da?! Ueber Wälder, über Felder, über Seen und über Meere werden wir dahinschweben in schnellem Flug und lächelnd werden wir herabbliden auf das Dampfroß, dem wir nunmehr an Schnelligkeit weit überlegen sind. Wie fein und lieblich werden sich in Zukunft die Sommerausflüge gestalten! Männlein und Weiblein werden sicher ein ganz besonderes Vergnügen daran finden, schwarmweise, etwa wie ein Flug Kohlvögelchen, Partien zu unternehmen, odgleich es auch nicht minder vorkommen wird, daß die Liebespaare, abgesondert von der Welt, hoch unter der azurblauen Himmeldecke, das monnige Alleinsein zu genießen suchen. Ja, das wird hübsch werden! Doch halt, lieber Leser und schöne Leserin, noch sind wir nicht so weit! Der genannte Erfinder hat zwar das Modell bereits fertig und fertig, aber noch nicht den eigentlichen „Vogel“ — denn so kann man den Apparat wohl bezeichnen — in dessen Gierpe sich der Mensch derartig hineinsetzen soll, daß er sich gleichsam auf einem Sattel befindet. Nur wird statt der Steigbügel ein Apparat angebracht werden, der so konstruirt ist, daß bei jedem leichten Druck mit einem Fuß ein gleichzeitiger Schlag beider Flügel erfolgt. Ist der eine Fuß ermüdet, so kann der andere in Funktion treten und in Folge dessen ist es auch dem Schwächsten leicht, seine „Schwingen“ zu entfalten. Das Ganze soll überdies äußerst einfach und leicht hergestelt und der Natur nach Möglichkeit angepaßt werden. Herr Baudisch glaubt die erste Maschine binnen einigen Monaten getreu nach seinem Plan und Modell fertig stellen zu können, wenn es ihm gelingt, die dazu erforderlichen Mittel zu erlangen. Wir wollen hoffen, daß ihm diese recht bald zu Theil werden. Sobald die erste Flugmaschine fertig sein wird, werden wir nicht verfehlen, weiter über dieselbe zu berichten.

Auch das königstädtische Viertel hat sich seine Sanitätswache geschaffen, was zum Nachtheile der dortigen Bewohner noch wenig bekannt ist, obgleich diese Sanitätswache bereits seit Anfang Januar d. J. in Thätigkeit ist. Dieselbe befindet sich auf dem Grundstücke Linienstraße 245, vis-à-vis dem Schägenhause und bietet, abweichend von den meisten der übrigen Sanitätswachen, auch ärztliche Hilfe am Tage dar. Während des erst 2 1/2 Monate langen Bestehens ist die Sanitätswache schon in 152 Erkrankungsfällen in Anspruch genommen worden, also im Durchschnitt monatlich in 60 Fällen. Die 152 Erkrankungsfälle betrafen 56 innerliche und 96 äußerliche Erkrankungen, unter letzteren 11 Knochenbrüche. Die größeren Fälle betrafen 2 Selbstmorde durch Erhängen und eine in einer Drochse verlorbene Person. In 53 Fällen wurden Kranke von Aerzten der Wache in ihren Wohnungen besucht. Vorstehende Zahlen beweisen hinlänglich, daß diese Sanitätswache für den Stadttheil zwischen Landsberger- und Rosenthalerstraße ein sehr großes Bedürfnis ist und daß ihre dauernde Erhaltung nicht nur im Interesse der Armen, sondern auch der wohlhabenden Bezirksbewohner liegt.

Die Berliner Bastille. Unter dieser Spitzmarke erzählt ein Berichterstatter allerlei merkwürdige Einzelheiten über das kleine Männergefängniß in Alt-Neubau. Dieses wird, so schreibt er, seitdem die Landesvertragsprozeße in einer traurigen Kette das Reichsgericht beschäftigen, mit Vorliebe zum Gefängniß für Staatsverbrecher benützt. Das kleine Haus, das durch eine hohe Mauer von dem sogenannten C-Flügel des Haupt-

Schauspielerin Anne Remble, welche im Herbst 1829 die Probefahrt auf der Strecke Liverpool-Manchester an der Seite Stephenson's selbst mitmachte. „Die ganze wundervolle Geschichte seiner Erfindung“ — berichtet die Künstlerin — „hörte ich von seinen eigenen Lippen. Er war ein ernst angelegter Mann mit dunkeln, tief markirten Augen. Der Jauder dieser Geschichte, von ihm selbst erzählt, während sein zahmer „Drache“ stöhnend mit uns auf seinem Eisenwege hinsog, übertrifft den Eindruck weit, den einst das Lesen von Tausend und eine Nacht auf das Kind gemacht hatte. Er war wunderbar herablassend und gütig im Beantworten der Fragen, die meine eifrige Unwissenheit an ihn richtete, und ich lauschte seinen Worten mit Augen voll Thränen der Begeisterung, als er mir von all' dem Wechsel von Hoffnung und Furcht, von seinen Versuchen und tiefen Täuschungen erzählte. Mit seinem Spott sprach er davon, wie die „Parlamentsleute“ ihn mit ihrer Bächerweisheit gequält und verhöhnt hätten. . . Wir wurden vorher der kleinen munteren Maschine vorgestellt, die uns die Schienen entlang ziehen sollte. Flügel, Obergang und Dreise, mit denen dieses wundervolle kleine Thier geritten wird, bestehen zusammen aus einem kleinen Stahlkegel, der den Dampf auf die Räder oder Rollen wirken läßt, oder ihn davon ablenkt. Die Rollen, welche der Hufe des Thieres sind, liegen unter der Bank, und am Kessel ist ein kleines Glasrohr mit Wasser gefüllt, das durch Fülle und Vertheidigt angeigt, ob die Kreatur Wasser braucht. Es ist auch ein Rauchfang am Ofen, da man aber Rauchs brennt, so ist nichts von dem abschaulichen Rauche zu spüren, der beim Reiten auf dem Dampfschiffe so bläufig. Dieses kleine schnarrende Thier, das ich mich immer verführt fühlte, zu tätseln, wurde nun vor unsere Wagen gespannt, und nachdem wir Platz genommen hatten, fuhren wir ungefähr mit zehn Meilen in der Stunde ab. . .“

Schweizer in der Fremde und Fremde in der Schweiz. Nach einer vom Secretär des eidgenössischen statistischen Bureau kürzlich veröffentlichten Statistik über die Schweizer in der Fremde“ befanden sich im das Jahr 1880 in Frankreich 68 281, in Deutschland 28 241, in Oesterreich-Ungarn 6724, in Italien 12 104, zusammen 113 350 Schweizer. In der Schweiz wurden im genannten Jahre 53 653 Franzosen, 95 262 Deutsche, 13 194 Oesterreicher und Ungarn mit 41 645 Italiener ermittelt, zusammen 203 754 Personen. Die Zahl der in den Vereinigten Staaten von Amerika am Schlusse des Jahres 1884 vorhandenen Schweizer schätzte der Verfasser auf und 133 700 Personen.

gebäudes und dem daranstoßenden Gartenhof abgeschlossen ist, wird im Erdgeschosse fast nur von Staatsgefangenen bewohnt; der erste Stock ist zum Lazarett eingerichtet. Im Erdgeschosse weisse Kranzgewölbe viele Monate in verhältnismäßig behaglich eingerichteten Räumen. Er bewohnt ein großes Gemach mit bequemer Ausstattung, hatte eine Kammer zur Toilette und ein ebenfalls behaglich eingerichtetes Schlafzimmer. In demselben Gebäude war Hauptmann a. D. Hentsch untergebracht. Die „Berliner Bastille“ öffnete sich auch für Kapitän von Sarauw, ferner für verschiedene in der Zahlmeister-Affaire verwickelte Persönlichkeiten und jetzt wieder für die Kieler Landesverwalter Prohl und Schwarz. Das Haus eignet sich vortrefflich zu der für Staatsgefangene erforderlichen Fütterung. Ein langer von einem dicken Teppich bedeckter Gang läuft an den Zellen (es sind ihrer etwa 20) entlang. Die Zellen sind durch Fenster mit blinden Scheiben für Auge und Ohr gesperrt. Beim Passiren des Ganges ist es den Gefangenen streng untersagt, an den polierten Thürnen, die keineswegs gefängnisartig aussehen, stehen zu bleiben oder gar durch das runde, sinnreich ausgeschnittene Beobachtungsfenster (in Moabit nennt man es, wie in Frankreich, Judas) zu sehen. In Folge der Teppiche, welche allenthalben, auch in den Zellen, gelegt sind, entgeht selbst dem schärfsten Ohr der Schritt der vorbeigehenden Aufseher oder Unglücksgefährten. Jeden Tag dürfen die Gefangenen 1/2 Stunde vor- und Nachmittags an die Luft; die Staatsgefangenen werden aber nur einzeln auf den kleinen, mit wenigen Bäumen und Büschen geschmückten Hof gebracht. Die Zellen werden täglich mehrere Male besichtigt. Gegen 10 Uhr erscheint der Ober-Inspektor Herr Nag, ein Beamter, dessen Freundlichkeit gerühmt wird. Der Ober-Aufseher, welcher sich ebenfalls einstellt, hat besonders über Reinlichkeit zu wachen, denn die Gefangenen müssen, falls ihnen nicht ein besonderer Kalfaktor zugetheilt worden ist, die gebotenen Dielen selbst säubern, die reinlichen, mit blendend weißer Wäsche bezogenen Betten vorchriftsmäßig in Ordnung bringen etc. Einmal am Tage erscheint der Aufseher „des Unternehmers“ mit einem mächtigen Kontobuch, um die Bestellungen der Selbstbediensteten in Empfang zu nehmen. Jedes Viertelstunde Wurst, jede Flasche Bier etc. wird verzeichnet, und der Aufseher hat dafür zu sorgen, daß die Gefangenen nur so viel anschreiben lassen, wie ihnen von der höheren Behörde erlaubt ist. Wurst z. B. darf gewöhnlich nur für 50 Pf. wöchentlich verbraucht werden. Abends 6 Uhr kommt die Nachwache. Dann bleiben die Gefangenen in ihren durch Gas hell erleuchteten Zellen sich selbst überlassen. Bei der Nachwache werden auch die am Tage vom Untersuchungsrichter durchgesehenen Briefe übergeben. Bis 9 Uhr dürfen die Gefangenen lesen, die Lektüre erhalten sie aus der Anstaltsbibliothek oder aus Leihbibliotheken. Diese und andere Vergünstigungen bleiben lediglich Sache des Untersuchungsrichters. Er berichtet in diesen Räumen als König. Die Verwaltung hat blindlings seine Befehle auszuführen. Während der Nacht verkehrt ein besonderer Aufseher den Dienst auf dem Gang. Ihm ist es nicht gestattet, die Zellen, deren Schlüssel er hat, ohne zwingenden Grund zu betreten. Geschlecht es dennoch, so muß er es schleunigst durch den elektrischen Telegraphen, der wie in Hotels in jeder Zelle angebracht ist, der Kontrolle melden, von wo aus er überdies häufig kontrollirt wird. Bei den Staatsgefangenen ist die Anordnung getroffen, daß der Aufseher die Zelle nie allein betritt. Bei Kranzgewölbe wurde z. B. streng darauf gehalten, daß stets zwei Aufseher zu ihm gingen. Täglich darf in dem großen Badezimmer, das im Erdgeschosse liegt, gebadet werden. Will Jemand einen Brief schreiben, muß er dies durch den Aufseher dem Gerichtsschreiber melden lassen, der das Gesuch dem Untersuchungsrichter vorlegt. Der Entscheid kommt gewöhnlich erst nach 3 bis 4 Tagen, was eine kleine Ewigkeit für einen dringlichen Brief ist. Ebenso müssen Zusammenkünfte mit dem Untersuchungsrichter beantragt werden. Die Inassen des kleinen Männergefängnisses, gewissermaßen die Honoratioren von Alt-Moabit, genießen dabei wesentliche Vergünstigungen. Ihnen darf die schredliche Zellen-Nummer, ein großes Blechschild, nicht, wie den Gefangenen des Hauptgefängnisses, beim Gang zum Untersuchungsrichter auf die Brust gebettet werden. Auch brauchen sie dabei nicht die Anstaltspantoffeln, welche Entweichen verhindern sollen, zu tragen, nur Ueberrock und Kopfbedeckung ist ihnen untersagt. Auch werden sie beim Ein- und Ausgange gewöhnlich nicht untersucht. Sie werden außerdem nicht auf dem gewöhnlichen Wege, durch den O.-Flügel, vorgeführt, weil sie sonst auf Treppen und Korridoren zu sehr mit dem Publikum in Berührung kommen würden. Ihr Weg geht vielmehr durch den B.-Flügel direkt in das Arbeitszimmer des Landgerichtsraths Brauseweil er, der vom Reichsgericht zu diesen schwierigen Untersuchungen abgefordert ist. — Nach dieser Schilderung scheinen die Landesverwalter unter den „Verbrechern“ immer noch als besonders noble Leute zu gelten. Mit politischen Gefangenen, die sich wegen anderer Sachen in Untersuchungsgefängnissen befinden, macht man viel weniger Umstände, im Gegentheil ist man ziemlich häufig bestrebt, dieselben mit gewöhnlichen Mittelstücken auf eine Stufe zu stellen.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Zum Streit der Berliner Tapezire-Gehilfen erläßt die Gehilfenschaft folgenden Aufruf an die deutschen Arbeiter, speziell an die deutsche Tapezire-Gehilfenschaft: — „Freunde und Kollegen! Das Berliner Tapezire-Gewerbe ist — für den Arbeitnehmer — eines derjenigen, welches durch seine glänzende Außenseite sehr oft den hungernden Magen verdecken muß. Von 1000 hier am Orte beschäftigten Gehilfen haben notorisch 300 durch 7 Monate und 600 durch 5 Monate im Jahre keine Arbeit. Bei Beginn der Saison, also in den Monaten März, April, September, Oktober, möchten wir Mächte hindurch arbeiten, um die riesigen Aufträge zu bewältigen, und Schaaeren von zugereisten Kollegen sind und dabei beflüßigt, um nachher zum vegetiren, nein — der Wahrheit die Ehre — direkt zum hungern und verzweifeln zu sehen. Als Minimallohn werden 12—15 M. geboten, dafür aber noch verlangt, möglichst im Gesellschaftsangese anzutreten, um der vornehmen Kundschaft Sand in die Augen zu streuen. Unsere Arbeitgeber kennen diese Zustände, bestreiten nicht die Verdrückung einer Aufbesserung, aber dieselbe soll erreicht werden durch Annahme von Ausschüssen, durch den Befähigungsnachweis etc. Diesen Zuständen wollen wir ein Ende machen und in richtiger Auffassung der jetzigen Situation und da ferner in Güte nichts zu erreichen ist, stehen wir im Streit, haben wir Mann für Mann die Arbeit niedergelegt. Unsere Arbeitgeber sind bis jetzt noch vertreten durch den Innungsvorstand und derselbe wendet sich in höchst sonderbarer Weise an die Kundschaft unter Anführung durchaus unwahrer Thatsachen. Die Nebenbemerkung: „daß unsere Bewegung eine sozialdemokratische sei“, soll wahrscheinlich nur den Zweck haben, die Hilfe der Behörde zu erbitten, wenigstens hat sich bis jetzt noch kein Arbeitgeber eines anderen Gewerbes, obendrein noch der Kundschaft gegenüber, zu solchen Denunziationen hinreizen lassen. Unsere Antwort wird naturgemäß unser Sieg oder die Niederlage sein; wir wollen keine Verständigung, wenigstens nicht mit solchen Vertretern. Da wir jedoch eben erst die traurigste Geschäftsperiode zurückgelegt und einen Uebergang es bei uns nicht giebt; da ferner der Zustand ein sehr langer und harter werden wird, bitten wir um eure Unterstützung. Unsere Antwort wird naturgemäß unser Sieg oder die Niederlage sein; wir wollen keine Verständigung, wenigstens nicht mit solchen Vertretern. Da wir jedoch eben erst die traurigste Geschäftsperiode zurückgelegt und einen Uebergang es bei uns nicht giebt; da ferner der Zustand ein sehr langer und harter werden wird, bitten wir um eure Unterstützung. Unsere Antwort wird naturgemäß unser Sieg oder die Niederlage sein; wir wollen keine Verständigung, wenigstens nicht mit solchen Vertretern. Da wir jedoch eben erst die traurigste Geschäftsperiode zurückgelegt und einen Uebergang es bei uns nicht giebt; da ferner der Zustand ein sehr langer und harter werden wird, bitten wir um eure Unterstützung.“

für die Verbreitung dieser Bitte Sorge zu tragen. Freunde und Kollegen! Die Bitte um Sammlungen hat nichts Erniedrigendes, wenn die Zustände und Ausichten dieselbe rechtfertigen und wenn der Bittende selbst keine verschlossenen Ohren zur Zeit gehabt hat. Im Interesse der Arbeiterbewegung, im Interesse unserer Nothleidenden sind uns das, was wir nach Erledigung unserer gerechten und maßvollen Forderungen wieder sein werden: Freunde in der Noth. Alle Sendungen sind an den Kassirer Herrn Nicolas, Wödemstraße 127 in Berlin zu richten und wird in geeigneter Weise darüber quittirt werden. Mit kollegialischem Gruß und Handschlag: Die Berliner Tapezire-Gehilfenschaft. J. A.: R. Sander, Vorsitzender des Fachvereins und der Lohnkommission.“

Zum Streit der Möbelpolirer in der Pfaffen Mübelfabrik veröffentlicht die unterzeichnete Fachkommission folgenden Bericht: „Von den Möbelpolirern genannter Fabrik wurde verlangt, daß dieselben Sonntags und nach Feiertagen arbeiten sollten. Diese Forderung wurde von den Polirern ganz entschieden abgelehnt, und zwar deshalb, weil zur Zeit mehr als genug Kollegen arbeitslos sind, welche gern arbeiten möchten, und weil noch genügend Platz für neue Arbeitskräfte in der Fabrik vorhanden ist. — Hieraus wurden sämtliche Polirer des Saales Nr. 1 entlassen, welche, unter Protest gegen das Ungeheuerliche dieser Entlassung, die Fabrik verließen. Unmittelbar darauf wurden die Entlassenen wieder zurückgerufen und ihnen erklärt, daß sie weiter arbeiten könnten. — Der hinführende Votum kam jedoch nach, denn als dieselben eine Woche gearbeitet hatten, wurde ihnen von ihrem Meister auf Drängen des Fabrikdirigenten gekündigt, folglich sind sie als Opfer der so viel gezeigten „Selbsthilfe“ anzusehen. — Wir sind nun der Meinung, diese Männer hätten dem Herrn Kommerzienrath Pfaff in ihrer Einigkeit imponiren müssen, jedoch ist das gerade Gegentheil der Fall, denn die Polirer wurden mit einem Male der Nachlässigkeit in der Arbeit beschuldigt, welchen Vorwurf jedoch der Polirmeister Herr Schubert als eine Unwahrheit bezeichnet hat. Für diese Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit des Herrn Schubert ist derselbe mit den Polirern zugleich entlassen worden. Da nun alle Mittel, die Angelegenheit auf gutlichem Wege zu ordnen, an der zähen Festhaltung des vom Herrn Kommerzienrath Pfaff gegebenen Befehls gescheitert sind, so fordern wir Euch, Kollegen, auf, haltet den Bezug von der Fabrik fern, und seid, daß Ihr als Kollegen zu handeln wißt. Auch Euch, Kollegen, die Ihr mit den Entlassenen die Arbeit niedergelegt, versprochen habt, rufen wir zu: Tretet müßig ein für unsere gerechte Sache, zeigt, daß ihr Männer seid, und jeder in der Fabrik, von den Tischlern bis zum letzten Arbeiter, wird Euch als solche achten. Die Fachkommission des Verbandes der Möbelpolirer für Berlin und Umgegend. J. A.: E. Krabe, Andreasstraße 66.“

Eine für die Fachvereine äußerst wichtige Entscheidung fällt am Sonnabend das Schöffengericht in Altona. Angeklagt war der Rauregelle Stamer, dem zur Last gelegt wird, als Vorsitzender des Rauregelle-Fachvereins mit anderen Vereinen gleicher politischer Tendenz in Verbindung gestanden zu haben (Uebertretung des § 8 des Vereinsgesetzes). Der Angeklagte erklärt, daß die Tendenz des Vereins die Hebung der materiellen Lage der Mitglieder sei, Politik aber gänzlich ausgeschlossen sei. Die Anklage behauptet dagegen, daß am 7. Juli in einer Sitzung des betr. Vereins politische Gegenstände, wie Zucht hausarbeit, Sonntagstrübe, Arbeiter-Schutzeleg etc., verhandelt worden sind. Die Vereinigung mit anderen Vereinen gleicher Tendenz wird dadurch begründet, daß auf einem Kongress in Hannover eine sogenannte Kontrollkommission ernannt ist, an deren Spitze der Rauregelle-Kongress in Hamburg steht. Die Polizei hat bei Mitgliedern dieser Kommission Hausdurchsuchungen und zahlreiches Material gefunden, welches nach Ausföhrungen der Anklage „unzweifelhaft eine Verbindung sämtlicher Fachvereine durch Vermittlung dieser Kontrollkommission feststellt.“ Das Gericht erkannte schließlich auf 30 Mark Geldstrafe event. 6 T. Gefängnis und auf Schließung des Altonaer Vereins. Hoffentlich wird eine höhere Instanz anders urtheilen. Denn wenn Vereine, welche die Frage der Wanderunterstützung, der Zucht hausarbeit, der Arbeitszeit etc. betreffen, wenn Vereine, welche sich gelegentlich einmal einen Vortrag von einem Reichstagsabgeordneten halten lassen — wie dies in Altona als belästigend hervorgehoben wurde — sofort als politische Verbindungen erklärt werden dürfen, so sind allerdings alle Organisationen der Arbeiter ganz und gar der Willkür der Behörden preisgegeben.

Die Knappschafftskassen erfreuen sich in ihrer heutigen bürokratischen Organisation durchaus keiner Beliebtheit bei den beteiligten Arbeitern. So ist, wie aus Westfalen gemeldet wird, unter den Mitgliedern des Märkischen Knappschafftsvereins eine lebhafte Bewegung entstanden, welche auf eine Aenderung der Verwaltung des genannten Vereins abzielt. In einer vor einigen Tagen in Bochum stattgehabten Versammlung der Delegirten der einzelnen Bergwerksvereine wurde eine Petition an den Minister der öffentlichen Arbeiten beschlossen, in welcher die Bergleute die freie und direkte Wahl ihrer Vertreter, der Knappschafftsältesten, die freie Wahl der Ärzte, Aenderung des Zahlungsmodus des Krankengeldes und Aenderung, bezw. Beseitigung der Befugnis des Knappschafftsvorstandes bei der Pensionierung verlangen. Die Knappschafftsältesten wurden bisher in der Weise gewählt, daß nicht die Gesamtheit der Mitglieder des Knappschafftsvereins die Vertreter bestimmte, sondern dies nur seitens der Mitglieder der ersten und zweiten Klasse geschah. Von den genannten drei Personen kann dann der Knappschafftsvorstand eine als den Arbeitervertreter wählen, und daß der Befähigste gewählt wird, braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden. Was das Krankengeld anbelangt, so sind bezüglich der Zahlung desselben die Mitglieder in drei Klassen eingetheilt. Die erste Klasse zahlt an monatlichen Beiträgen 3 M. 50 Pf., die zweite 2 M. 75 Pf., die dritte 2 M. 25 Pf. Die der ersten und zweiten Klasse angehörigen Mitglieder sind ältere Leute, denen die schwere Bergmannsarbeit nicht mehr so gut von staten geht, als den jüngeren Leuten, aus denen die dritte Klasse besteht. Die letzteren haben einen höheren Verdienst und erhalten, da nach den Vorschriften des neuen Krankenlaffengesetzes die Krankenunterstützung sich nach dem Lohn richtet, eine größere Unterstützung im Krankheitsfalle, als diejenigen, welche doch mehr an Krankheitsbeiträgen leisten. Es liegt in diesem Modus eine große Ungerechtigkeit. Auch die Forderung der Bergleute bezüglich der freien Wahl der Ärzte ist eine durchaus berechtigte, da, wie mannsfache Vorkommnisse gezeigt haben, der Zwang, sich an die von dem Knappschafftsvorstand bezeichneten Ärzte zu wenden, schon große Unzulänglichkeiten für die Arbeiter mit sich gebracht hat. Hoffentlich hat der Minister ein Einsehen und verhilft den Belenten zu ihrem Rechte.

ih. Bravo! Die am 1. Oktober 1885 zu Erfurt von 9 vereinigten Fach- und Unterstützungs-Vereinen gegründete Zentral-Verberge ist ein leuchtendes Beispiel wahrer Arbeitersolidarität. Die Zentral-Verberge wurde bis Ende Februar d. J. von 220 Reisenden besucht, welche sich auf die einzelnen Gewerbe wie folgt vertheilten: 15 Schuhmacher, 13 Schneider, 20 Tischler, 9 Glaser, 8 Buchbinder, 4 Buchdrucker und Schriftsetzer, 5 Maurer, 11 Bazararbeiter, 8 Zimmerer, 20 Schlosser, 21 Brauer, 5 Metallarbeiter, 4 Fleischer, 5 Bergleute, 3 Stellmacher, 4 Kellerer, 3 Bäcker, 5 Schmiede, 1 Gerber, 2 Tapezire, 4 Korbmacher, 2 Maler, 1 Gärtner, 2 Porzellanmaler, 1 Photograph, 1 Buchhalter, 1 Müller. Verbunden ist die Zentral-Verberge mit einem unentgeltlichen Arbeitsnachweis für Vereinsmitglieder. Um dies möglichst zu verbreiten, wurden Plakate angefertigt, auf denen angegeben ist, zu welcher Zeit die betreffenden Arbeitsnachweis- und

Kontrol-Kommissions-Mitglieder anwesend sind, von welchen jeder Zugereiste Auskunft erhält, wie die Verhältnisse in seiner Branche sind und ob Arbeit vorhanden ist oder nicht. Die Kosten hierzu sind von den betreffenden beteiligten Vereinen gedeckt und die Plakate auch nach anderen Städten an die Bevollmächtigten und Kassirer, sowie an die Verbergen selbst gesendet und an geeigneter Stelle aufgehängt worden. Jeder Fachgenosse wird gebeten, die Reisenden darauf aufmerksam zu machen und sie soviel als möglich nach der neu und gut eingerichteten Zentral-Verberge, Gasthaus zum Deutschen Kaiser, Große Straße Nr. 6, zu senden, woselbst sie reelle Bedienung und kostante Preise finden.

Ueber den Nothstand in Hamburg schreibt das gewiß unverdächtige „Hamb. Fremdenblatt“: „Niemand hat eine reale Vorstellung von der Armut zahlreicher Familien, als derjenige, der sich die Mühe und Zeit nimmt, einmal in die engen Höfe zu gehen und dort in die kleinen dunklen Wohnungen, genannt Buden, zu treten, oder die Keller und Böden zu besuchen, wo so viele Menschen, groß und klein, zusammengebrängt, ihren Tages- und Nachtaufenthalt haben. Erst durch eigene Anschauung gewinnt man einen annähernd richtigen Einblick in die wahre Noth, die in der reichen Stadt Hamburg Tausende von Menschen bedrückt. Am schmerzhaftesten scheinen mir diejenigen Arbeiter gestellt zu sein, die bisher gewohnt waren, durch eigene Thätigkeit ihre Familien ausreichend zu ernähren. Ihnen kam es sehr ungewohnt vor, jetzt milde Gaben annehmen zu müssen. . . . Ich traf viele Familien mit 5, 6 und mehr Kindern, deren Oberhaupt über 10 Wochen keinen Verdienst mehr gehabt hatte. Starke Männer, die gerne arbeiten, blickten gebeugt und ernst auf ihre unverförgte Kinderfchaor, und auf den andauernden Frost, der die Aussicht auf Erwerb in Frage stellt. Aus vielen Beispielen will ich nur einige anführen. Ein Mann wohnt bei seiner Frau und drei Kindern in einem Raum, der sonst als Vorplatz dient. Das würde nun freilich nicht angehen, wenn sie Mobilien hätten. Auch Betten fehlten ganz, diese befanden sich nebst anderen Sachen im Viehhause oder sonstwo. Ein spärliches Lager auf dem Fußboden dient ihnen als Nachquartier. Eine andere Familie mit sieben kleinen Kindern war ebenso arm, aber ich sah doch noch einige leere Bettstellen mit alten Kindern. Eine junge, kranke Frau, deren Mann außerhalb der Stadt Arbeit sucht, sah entkräftet auf einer Seite der Bettstelle und neben ihr lag ein 10 Wochen altes Kind im Sterben. Es fehlte Feuerung und Brot; die Bude war dunkel und feucht. Eine kranke Witwe, die ihren Mann vorigen Herbst durch den Tod verlor und bei dessen Pflege selbst ihre Gesundheit einbüßte, lag auf einem alten Sopha, umringt von sechs Kindern, die noch im schulpflichtigen Alter waren. In einer kleinen Wohnung sprangen mir drei hübsche Kinderchen entgegen; die Mutter weinte und der Vater sah ernst darenin, er hatte schon lange vergeblich auf Arbeit gemartet. Er war nicht unhöflich, aber auch nicht dankbar, als seine Frau die Karten annahm. Familien, die sonst ihr gutes Auskommen hatten, sind gänzlich auf den Strand gerathen und bilden mit Sehnsucht dem baldigen Witterungswechsel entgegen, wo sie durch Arbeit wieder in den Stand gesetzt werden, für ihre Familie zu sorgen. Was den Anblick der materiellen Noth verschlimmert, sind die denkbar ungünstigen Wohnräume ohne Luft und Licht, in den engen Höfen, Gängen und Gassen, aber das tritt vorläufig zurück vor der Frage nach Broderwerb. Der Besuch dieser Behausungen menschlichen Glends erfordert viel persönlichen Muth und gute Nerven, aber er wird auch reichlich belohnt durch die Freude der Kinder und durch die Dankesbräunen der Bedrängten.“ — So das „Hamburger Fremdenblatt“, und wir möchten dem nur noch die Frage hinzufügen: wenn schon Wohlthäten, denen immer der Mangel des Almosens anhaftet, so tröstend auf den Arbeiterstand wirken, welchen Enthusiasmus würde erst eine Gesetzgebung hervorrufen, welche dem Arbeiter ein sicheres Auskommen aus seiner Hände Arbeit verschafft? Welch eine hohe Aufgabe winkt hier den Vertretern des Volkes und der Regierung! Freilich fassen wir diese Aufgabe nicht so auf, wie die Hamburger „Reform“, welche kürzlich schrieb: „Wenn jemals die soziale Pflichterfüllung am Platz war, wenn man jemals mit Grund an die werththätige Hilfeleistung appellirte, so ist es jetzt, heute. Es gilt den Männern und Familien, die, sobald nur wieder Arbeit zu haben ist, ihre Kräfte einsetzen für die Ernährung des Kapitals. Daher mag letzteres einmal einen kleinen Tribut ohne scheinbar sichtbare Gegenleistung der Arbeit jollen.“ Nein, darum wünschen wir allerdings eine arbeiterfreundliche Gesetzgebung nicht, weil sie im Interesse des Kapitals liegt, und weil die Arbeiter erhalten werden müssen, damit später das Kapital wieder seine goldenen Früchte brechen kann. Die Arbeiter, die Schöpfer alles Reichthums, haben das Recht, wenigstens ein anständiges Auskommen zu fordern, auch wenn das Kapital nichts davon hat. So wie die Hamburger „Reform“ begründet man wohl Maßregeln für unermüdete Arbeitsthiere, aber nicht für eine Menschenklasse, deren Gleichberechtigung heute auf politischem Gebiet bereits grundsätzlich anerkannt ist und nur auf wirtschaftlichem Gebiet noch halbträchtig gelehnet wird.

Nothstandsnachrichten erschallen auch aus Ottenen bei Hamburg und aus Schwertin. In Ottenen starben zwei Kinder, deren Mutter, eine Wittwe, im Wochenbett liegt, im buchstäblichen Sinne des Wortes hungers und zwar in dem Augenblick, als der Polizeiarzt von Ottenen die Mutter besuchte, um ihr Hilfe zu leisten. Die armen Wärner hatten in den letzten Wochen ausschließlich von Kartoffelschalen, die sie sich selbst rösteten, gelebt. Der Arzt konstatarie den Hungertod. Drei andere Geschwister hockten hungern und stierend in der Ecke der elenden Wohnung der Wöchnerin. Der Arzt war von dem Anblick so erschüttert, daß er sofort für Nahrung sorgte. Jetzt hat sich die Stadt der Nothleidenden angenommen.

Eine neue Arbeiterkolonie „Vöhrheim“ in der Zähler Haide, etwa 2 1/2 Stunden von Wesel entfernt, ist am 15. Februar in aller Stille eröffnet worden. Obwohl nichts davon verlautete, war sie sofort von 91 Personen gefüllt, mehr wie 100 können überhaupt nicht Aufnahme finden! Die „Germania“, der wir diese Nachricht entnehmen, rechnet heraus, daß die Kolonie der umwohnenden Gegend viel Geld ersparen werde, weil nothwendig der Bettel zurückgehen müsse. Trotzdem lobt das ultramontane Blatt die „altbewährte Opferwilligkeit“ der Provinz. Wenn man profitirt, opfert man nichts!

Zigarrenarbeiterstreik. Wie wir schon gemeldet haben, ist in Ostrowo in der Frankel'schen Zigarrenfabrik ein Streit ausgebrochen. Die Unterstützungen haben es ermöglicht, daß die Streikenden bis jetzt aushalten konnten. Aus anderen Gegenden neu engagirte Arbeiter weigerten sich, die Arbeit in der Frankel'schen Fabrik aufzunehmen, als sie hörten, daß dasselbst der Streit ausgebrochen sei. Eine hierauf seitens des Herrn Frankel mit der Verwaltung des Kroner Justiz-Gefängnisses abgeschlossene Vereinbarung, Sittlinge der Gefangenenanstalt — nach dem im Rawitscher Zuchtshause eingeföhrten System — mit Anfertigung von Zigarren für Rechnung des Herrn Frankel zu betrauen, zerfiel, jedoch, wie man sagt, an dem Hauptfaktor, daß die Sträflinge dortiger Gefangenenanstalt eine viel zu kurze Strafbast zu verbüßen haben, um während derselben die Kunst des Zigarrenmachens mit Nutzen für den Unternehmer anwenden und ausföhren zu können. Herr Frankel wird hiernach nichts anderes übrig bleiben, als den Streikenden Konzeßionen zu machen. — Man sieht hier, mit welchem Fanatismus die Herren Unternehmer sich dagegen sträuben, den Arbeitern Konzeßionen zu machen. Und da nimmt man es den Arbeitern übel, wenn sie energisch auf ihren Forderungen bestehen bleiben!

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

72. Sitzung vom 23. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, v. Bronsart, v. Schelling.
Zur dritten Beratung steht der Gesetzentwurf, betreffend die Veranlassung der Militärpersonen zu den Gemeindeforderungen.

Abg. Dr. Hammer: Ich habe namens meiner politischen Freunde die Erklärung abgegeben, daß wir die kommunale Besteuerung der Angehörigen der Armee entsprechend der Einheitlichkeit dieser Institution nur im Wege einer einheitlichen Reichssteuerung glauben regeln zu können. Die gegenwärtige Veranlassung ist um so weniger ein Grund, von dieser einheitlichen Regelung abzuweichen, als die von der Mehrheit in der zweiten Lesung angenommene Fassung dieses Gesetzes nicht bloß diese einheitliche Regelung preisgibt, sondern sie sogar in das künftig ungewisse und von der Mitwirkung des Reiches unabhängiger Weise widerrufliche Belieben jeder einzelnen Gesetzgebung stellt. Aus diesem Grunde werden wir die Vorlage in dritter Lesung ablehnen.

Sie wird darauf gegen die Stimmen der deutschchristlichen Partei angenommen.

Einstimmig geschieht dasselbe in erster und zweiter Beratung mit dem Zusatz zum § 5 des Posttarifgesetzes, der für den Bezug von Materialien und Dienstleistungen den Nachbarstaaten für Eisenbahn-, Grenz- und Wechselstationen innerhalb des deutschen Zollgebietes Zollfreiheit gewährt soll.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung der Rechte juristischer Personen an die Innungsverbände.

Abg. Schrader: Ich habe gegen die Vorlage namentlich deshalb kein Bedenken, weil sie den Innungsverbänden die Korporationsrechte nicht aufdrängen will, sondern den Bundesrath ermächtigt, diese Rechte da, wo er es für zweckmäßig hält und wo es von den Beteiligten beantragt wird, zu verleihen. So ist es durchaus Sache der Innungsverbände selber, ob sie juristische Personen werden, und sich damit auch gleichzeitig der sehr weitgehenden behördlichen Aufsicht, welche der Entwurf ihnen für diesen Fall auflagt, unterwerfen wollen oder nicht. Daß den Innungsverbänden, wenn sie juristische Personen geworden sind, gleichzeitig, wie man dies ins Auge gefaßt hat, großer Kredit bei der Reichsbank eröffnet werden könnte, glaube ich nicht. Die Reichsbank ist nur in der Lage, ganz solide Anlagen zu machen, und das Innungsverbandsvermögen wird meist nicht so erheblich sein, daß daraufhin den Verbänden große Kapitalien geflossen werden könnten. Von der Regierung vermittele ich sehr eine Erklärung über ihre heutige Stellung zu den Bestimmungen, die auf gewissen Seiten bezüglich der Weiterentwicklung des Innungsverbandswesens vorhanden sind und namentlich die Einführung von Zwangsinnungen betreffen, deren entschiedener Gegner ich auch jetzt noch bin. Ich beantrage, die zweite Lesung im Plenum stattfinden zu lassen und von einer Kommissionsberatung Abstand zu nehmen, da ich wünsche, daß diese Vorlage abgefordert für sich erledigt werde und nicht den Anlaß biete zu einer Erörterung der Innungsfrage im Allgemeinen.

Abg. Meyer (Jena): Ich bin mit diesen Ausführungen im Ganzen einverstanden; ich halte die Vorlage zwar nicht für eine bedeutende und besonders nützliche, wohl aber für durchaus zweck- und sachgemäß. Sie stellt sich durchaus auf den Boden der freien genossenschaftlichen Vereinigung und enthält kein Moment, das zu Zwangsinnungen führen könnte. Die Stellung der Regierungen zur Innungsfrage bedarf nicht, wie Herr Schrader meinte, der Klarstellung, da die Vertreter der Regierungen wiederholt geäußert haben, daß der Bundesrath auf dem Boden des Gesetzes von 1881 stehen bleiben wolle und nicht daran denke, die Einführung von Zwangsinnungen vorzuschlagen. Ich bin durchaus ein Gegner der Zwangsinnungen; ebenso auch eines Reichsinnungsamtes; eine solche bürokratische Institution, auf die freien Innungen aufgesproßt, könnte der Entwicklung des Handwerkerstandes nur schädlich werden. Eine Kommissionsberatung halte auch ich für unnötig.

Abg. v. Kleist-Reyow: Auch ich werde der Vorlage zustimmen, da sie durchaus auf dem Wege liegt, den wir seiner Zeit mit unseren Initiativ-Anträgen zuerst betreten haben. Wir wollen eine Entwicklung des Innungsverbands in dem Sinne, daß das Handwerk sich zu korporativen Verbänden vereinigt, welche es befähigen, der Konkurrenz der Industrie und der Ausbeutung durch das Großkapital kräftig zu widerstehen. Deshalb sind die Innungsverbände von uns geschaffen worden, welche die Vorlage fester organisieren und kreditfähig machen will, damit sie auch durch materielle Hilfstleistungen die Interessen des Handwerks fördern können. Wer eine gesunde soziale und politische Weiterentwicklung Deutschlands will, der muß unsere Bestrebungen unterstützen, welche vor allem den Handwerkerstand wieder zu einem kräftigen und gesunden Faktor unseres wirtschaftlichen Lebens machen wollen. Ein blühender Handwerkerstand ist eine wesentliche Garantie für die Blüthe des Vaterlandes. (Beifall rechts.)

Abg. Kräcker: Wir Sozialdemokraten werden der Vorlage zustimmen und behalten uns dabei die Einbringung eines Antrags vor, dahin gehend, daß auch den Arbeitervereinen die Rechte juristischer Personen verliehen werden können.

Damit schließt die erste Beratung; die zweite wird im Plenum stattfinden.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten, auf Grund des Kommissionsberichts. Die Kommission hat den Umfang des Entwurfs, der in der Regierungsvorlage nur einen Paragraphen hatte, dadurch erheblich erweitert, daß sie darin die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete überhaupt geregelt, dementsprechend auch die Überschrift des Gesetzes verändert.

§ 1 der Kommissionsbeschlüsse lautet: „Die Schutzgewalt in den deutschen Schutzgebieten übt der Kaiser im Namen des Reiches aus.“

Die Abg. v. Buol und v. Strombeck (Zentrum) wollen neben dem Kaiser noch dem Bundesrath eine „der Reichsverfassung entsprechende Mitwirkung an der Ausübung jener Schutzgewalt, und Abg. Kayser sie auch noch dem Reichstage gewähren.

Referent Meyer (Jena): Die Kommission hat den Entwurf eingehend beraten und hat es schließlich für notwendig erachtet, die Ausübung der Hoheitsrechte in den Schutzgebieten, wie dies ja auch bei der Einverleibung Elsaß-Lothringens geschehen ist, durch ausdrückliche reichsgesetzliche Vorschriften festzusetzen, da aus der Reichsverfassung ein selbstständiges Ordnungsrecht für jene Gebiete nicht hergeleitet werden kann. Das Amendement Buol hat

auch der Kommission bereits vorgelegen und ist von ihr abgelehnt worden. So fern es der Kommission lag, irgend in die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesraths einzugreifen, meinte sie doch, daß bei den wenig entwickelten Verhältnissen in unseren Kolonien eine möglichst einheitliche Direktion bei der Ausübung der Hoheitsrechte nöthig sei und hat deshalb diese Ausübung in die Hand des Kaisers allein gelegt.

Abg. v. Buol (Zentrum): Die Vorlage ging dahin, daß der Krone mit Zustimmung des Bundesraths die Regelung der Rechtsverhältnisse in den Schutzgebieten durch Gesetz übertragen werde. Die Kommission hat nicht nur die Rechtsverhältnisse, sondern das gesamte Gebiet der Schutzgewalt zu ordnen sich bemüht. Das Gebiet der Rechtspflege soll als mit dem Reichstag und Bundesrath geregelt zu beobachten sein, auf allen anderen Gebieten aber der Krone das volle freie Dispositionrecht überlassen werden. Nun kann ich bei aller Bedeutung des Gebiets der Rechtspflege eigentlich nicht die Nothwendigkeit einsehen, warum gerade auf diesem die Zustimmung des Reichstags und des Bundesraths erforderlich sein soll, auf allen anderen wichtigen Gebieten des Staatslebens aber, Finanzen, Verwaltung, Kultus keine Mitwirkung des Reichstags, nicht einmal die vom Bundesrath für sich hinsichtlich der Rechtspflege in Anspruch genommene gewährt werden soll. Es lag uns daran, dem föderativen Charakter des Reichs und seiner Verfassung hier Ausdruck zu geben und ihn an dieser Stelle aufrecht zu erhalten. Das Gesetz von 1871 über die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen schuf allerdings auch etwas Neues, aber warum wegen dieses Präzedenz von der Regel abgehen, welche die Verfassung festgesetzt hat? Wir verlangen nicht die Zustimmung des Bundesraths im Einzelnen, denn mit dieser Forderung gingen wir weiter als die Verfassung, welche die Entschlebung der Krone nur in gewissen Fällen an die Zustimmung des Bundesraths knüpft. Wir wollen die ganze Materie selbst mit den Kontroversen, die bekanntlich über die Voraussetzung der Zustimmung des Bundesraths zu Maßnahmen der Krone bestehen, unberührt, so wie sie ist und wie sie gilt im Reiche, auch auf die Schutzgebiete erhalten wissen. Die Verhältnisse differiren ja in mancher Beziehung sehr erheblich, und eine freie Bewegung ist hier für die Bewegung der Reichsgewalt angezeigt; aber es ist kein Grund anzunehmen, daß der Bundesrath von dieser seiner verfassungsmäßigen Befugnis einen die Krone hemmenden Gebrauch machen werde. Es steht ihm ja zu, die freie Bewegung zu gewähren, aber ihm jede Mitwirkung zu versagen, dazu kann sich meine Partei nicht entschließen.

Abg. Hänel: Verfassungsmäßig ist zur Regelung der Rechtsverhältnisse in den Kolonien eine Mitwirkung sämtlicher gesetzgebenden Faktoren erforderlich; aber darüber, wie nun diese Regelung zu erfolgen habe, giebt uns die Verfassung keinen Anhalt. Sie giebt weder dem Bundesrath, noch dem Reichstag, noch dem Kaiser sozusagen angeordnete Rechte in Bezug auf die Kolonien; wir haben durchaus freie Hand. Wir haben uns nun in der Kommission entschlossen, die Hoheitsrechte namens des Reichs dem Kaiser zu übertragen; und damit geschieht keineswegs irgend einem verfassungsmäßigen Rechte des Bundesraths Abbruch. Wenn schon für Elsaß-Lothringen eine Konzentration der Staatsgewalt beim Kaiser nöthig erscheinen mußte, so ist dies bei den Kolonien doppelt und dreifach der Fall, ohne daß dadurch das föderative Prinzip irgend verletzt würde. Mich persönlich bestimmt dazu, den Kommissionsbeschlüssen anzunehmen, noch besonders das Verhältniß, in welchem der Bundesrath zum Reichstage steht. Insofern wir dem Bundesrath eine Mitwirkung an der Regierung in den Kolonien geben, soweit konstituieren wir einen uns unverantwortlichen Faktor. Anders, wenn wir diese Gewalt dem Kaiser übertragen. Es tritt dann die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter ein. Der Antrag v. Buol ist für mich ein vollkommenes Nichts; welchen Sinn sollen denn die Worte „der Verfassung entsprechende Mitwirkung des Bundesraths“ haben? Schon der Mangel jeder präzisirten Definition dieser Mitwirkung macht uns den Antrag v. Buol unannehmbar. Ich bitte Sie daher, dem Kommissionsantrage zuzustimmen. Auch in den englischen Kolonien sind die Rechtsverhältnisse ähnlich geregelt, wie wir es hier vorschlagen.

Abg. Windthorst: Ich kann für die Vorlage, wie sie aus der Kommission herorgegangen ist, nicht stimmen, und bitte alle, welche den föderativen Charakter des Reichs aufrecht erhalten wollen, für den Antrag Buol zu stimmen. Ich bestreite, daß die Reichsverfassung über die Stellung des Kaisers und des Bundesraths zu den Kolonien keine ausreichenden Bestimmungen enthält. Eine Reihe von Sachen überwiegt der Bundesrath selbstständig. Das Reich ist eine Vereinigung der Fürsten und freien Städte, ihr Präsident, Sr. Majestät der König von Preußen, der den Titel Deutscher Kaiser führt. Sie wollen nun hier dem Präsidenten des Bundes die Befugnisse einräumen, welche ihm nicht zustehen. Der Kaiser handelt nicht als Monarch über den Monarchen, sondern mit dem Reichstag und Bundesrath zusammen. Der Hinweis auf Elsaß-Lothringen ist nicht zutreffend. Dort sind die Einwirkungen des Bundesraths und des Reichstages in verschiedenen Spezialgesetzen ganz genau geordnet und gesichert. Hier ist aber gar nichts gesichert, sondern die Kommission überläßt einfach der kaiserlichen Gewalt das Finanzrecht, die Polizeigewalt, den Kultus u. s. w. ohne weitere Kontrolle. Wir konstituieren damit eine absolute Gewalt, der ich auf keinen Fall zustimmen kann. Die Vorlage der Regierung verdient vor der der Kommission immerhin den Vorzug, weil sie diese Fragen ganz unberührt läßt und nur das absolut Nothwendige feststellt. Der Antrag Buol ist keineswegs unklar. Er will nichts anderes, als daß der Bundesrath in den Fällen, wo er mitwirken hat, auch mitwirkt nach Maßgabe der Verfassung. Bedauern muß ich, daß die Kommission nicht entsprechend den Grundgedanken der Konkoale die Freiheit der Religionsübung klar und bestimmt ausgesprochen hat, um jeden Zweifel auszuschließen. Vielleicht hat die Kommission eine solche Bestimmung für überflüssig gehalten, denn ich kann mir nicht denken, daß sie die Erklärung des Vertreters der Regierungen, daß die Bestimmungen der Konkoale für die Schutzgebiete maßgebend sein sollen, hätte beanstanden wollen, aber ich hätte doch gewünscht, daß sie diese Grundgedanken genau fixirt hätte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Marquardsen: Keine Partei wird für die Vorlage der Kommission stimmen, die das Verdienst hat, die Vorlage der Regierung erst mit dem eigentlichen Inhalt erfüllt zu haben. Darin stimme ich mit Herrn Windthorst überein, daß auch ich die volle Freiheit der Konfessionen in den betreffenden Gebieten gewahrt wissen will. Darüber, welche Rechte der Kaiser hat, brauchen wir hier nicht zu streiten. Wir haben ja das Recht, unter Theilnahme des anderen gesetzgebenden Faktors zu bestimmen, was von nun an das Recht des Kaisers in diesen Schutzgebieten sein soll. Herr Windthorst hat sich zum besondern Fürsprecher des Bundesraths gemacht. Ich würde dies verstehen, wenn er debattieren wollte, daß dem

Bundesrath gewisse Rechte zur Zeit nicht zustehen. Ich denke der hohe Bundesrath wird wohl selber Mannes genug sein, um zu wissen, mit welchen Vortheilen er sich einverstanden erklärt oder nicht. Der hohen Weisheit des Bundesraths wird hier ja kein Hemmnis bereitet. Wenn es mit dem föderativen Charakter des Deutschen Reichs vereinbar war, dem Kaiser die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen zuzuführen, so läuft der Föderalismus auch nicht dadurch Gefahr, daß wir in den Schutzgebieten die Schutzgewalt, keine volle Staatsgewalt, dem Kaiser überlassen. (Beifall.)

Abg. v. Graevenig: Die Kommission ist im Gegensatz zur Vorlage zu dem Schlusse gekommen, daß die Machtvollkommenheit, die Hoheitsrechte des Reichs unbeschränkt und unabhängig von den gesetzgebenden Faktoren dem Kaiser zu übertragen seien, abgeben von der Beschränkung auf dem Gebiete der Rechtspflege. Sie hat den richtigen Weg getroffen einerseits zwischen der angemessenen und zweckmäßigen Handhabung der Gesetzgebung und der richtigen Stellung der kaiserlichen Gewalt und andererseits zwischen den Rechten der gesetzgebenden Faktoren. Indem sie die kaiserliche Gewalt an die Spitze stellte — es handelt sich hier um dauernde Gestaltung — hat sie eine feste und sichere Grundlage für die Ordnung der Schutzgebiete überhaupt getroffen. Ich treue mich besonders, daß die Bestimmungen des § 1 des Gesetzes nicht nur mit voller Einmütigkeit der Majorität beschlossen worden sind, sondern daß der Wortlaut desselben sogar von einem Mitgliede der Opposition herrührt, dessen Formulierung von der Kommission dankbar akzeptirt worden ist. Ich habe daher die Versicherung, daß auf Grund der Kommissionsbeschlüsse der Gesetzentwurf die Zustimmung des Reichstags finden wird. Das föderative Prinzip — um dem Vorwurf des Mangels eines solchen zu begegnen — ist geschützt, einmal dadurch, daß wir uns mitten in der Gesetzgebung selbst befinden, andererseits dadurch, daß die Regierung selbst den Weg der Gesetzgebung beschritten hat und der Gesetzentwurf selbst die Mitwirkung der Gesetzgebung in Anspruch nimmt.

Abg. v. Strombeck: Eine Parallele zwischen dem Bundesgesetz für Elsaß-Lothringen und dem vorliegenden läßt sich nicht ziehen. Nach dem Gesetz vom 9. Juni 1871 wurde bis zur Einführung der Reichsverfassung am 1. Januar 1873 die volle Staatsgewalt dem Kaiser übertragen unter Zustimmung des Bundesraths. Es war also bis 1873 eine zeitliche Beschränkung statuiert. In der Verfassung steht allerdings nicht, wie die Regelung der kolonialen Verhältnisse erfolgen soll, aber im Sinne der Verfassung liegt es, daß hier eine dauernde Mitwirkung des Bundesraths und des Reichstags erfolgt. Nach dem Grundsatze der Kommission könnte auch die Ausführung der Gesetze des Deutschen Reichs dem Kaiser übertragen werden. Das wäre dasselbe für das Inland wie für die Schutzgebiete. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wird durch den Antrag Buol nicht berührt. Sie bleibt dieselbe, mag man den Bundesrath mitwirken lassen oder nicht. Nach der Verfassung ist zur Gültigkeit der Reichsgesetze die Gegenzeichnung des Reichskanzlers erforderlich.

Abg. Kayser vertheidigt den von ihm gestellten Antrag, betreffend die Mitwirkung des Reichstages als wesentliches und unveräußerliches Recht der Volksvertretung. Zur Zeit seien die Verhältnisse derart, daß man entweder die Kolonien annectiren oder die Verantwortung für dieselben und für den Gang der Dinge in ihnen denen überlassen müsse, welche dort Geschäfte trieben, so zu sagen die Gründung gemacht hätten. Das deutsche Volk habe jetzt schon alle aus den kolonialpolitischen Bestrebungen erwachsenden Kosten aus seiner Tasche zu zahlen, ohne auch nur eine Spur von Mitrederecht zu genießen. Werde der von ihm gestellte Antrag nicht angenommen, so müßten er und seine Freunde sich gegen jede andere Bestimmung erklären.

Abg. v. Köllner findet, daß der Abg. Kayser die Vorlage nicht mit dem nöthigen Ernste beurtheilt hat. Er hat sich zwar für den Antrag von Buol erklärt, um sodann die ganze Vorlage abzulehnen aus einer gewissen Schadenfreude, weil er glaubt, dem Bundesrath Verlegenheiten bereiten zu können. Ob die kolonialpolitische für den Arbeiterstand von Vortheil sein wird oder nicht, darüber will ich kein Prognostikon stellen. Ich glaube allerdings, daß dies der Fall sein wird, insofern als die kolonialpolitische unserer Export heben wird. Den Antrag v. Buol bitte ich abzulehnen.

Abg. v. Buol erklärt, dem Amendement des Abg. Kayser nicht zustimmen zu können, weil der Reichstag nicht das Jahr hindurch beisammen ist.

Die Diskussion wird geschlossen und § 1 unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge nach dem Vorschlage der Kommission angenommen. Die §§ 2, 3 und 4 werden ohne Debatte dem Antrage der Kommission entsprechend angenommen.

Abg. v. Buol schlägt folgenden § 5 vor: „Der § 1 tritt 10 Jahre nach Verkündigung dieses Gesetzes außer Kraft.“

Abg. Windthorst hebt hervor, daß das Gesetz eine Art kaiserlicher Diktatur schaffen will, die sich mit dem föderativen Prinzip, das sonst in der Verfassung zum Ausdruck kommt, nicht vereinbaren läßt. Da in den Motiven sowohl, als auch in den Beratungen der Kommission stets betont ist, daß das Gesetz nur einen provisorischen Charakter tragen soll, so empfiehlt es sich, dem Antrag v. Buol entsprechend einen Endtermin in das Gesetz selbst hineinzuschreiben.

§ 5 wird gegen die Stimmen des Centrum und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Arbeiter-Schutzgesetz, Dynamitgesetz, dänisches Sprachengesetz, Petitionen).

Abgeordnetenhause.

47. Sitzung vom 23. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: von Gaffler, von Boetticher, von Scholz und Kommissarien.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Präsident mit, daß das Präsidium Sr. Majestät dem König zu seinem Geburtstag die ehrfurchtsvollen Glückwünsche des Hauses dargebracht habe und daß Sr. Majestät dieselben hu. duollst entgegengenommen habe.

Die dritte Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Kultus.

Abg. Neubaer (Volk) berichtet eine Behauptung des Abg. Gerlich in der zweiten Lesung über angebliche Vernachlässigung der deutschen Predigt seitens des Pfarrers in Schwey auf Grund eines Schreibens der letzteren dahin, daß in der Schweyer Pfarrkirche polnisch und deutsch gepredigt, und auch sonst für die Deutschen seelsorgerisch hinreichend gesorgt werde.

Abg. Gerlich spricht seine Freude darüber aus, daß der Schweyer Pfarrer fortan die Deutschen mehr berücksichtigen wolle.

Abg. Kantat konstatirt, daß der Schweyer Pfarrer bisher bereits so gehandelt habe und nicht handeln wolle.

Abg. Gericke widerspricht dem auf Grund seiner Privats-Informationen.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Jazdzewski über die Beschäftigung polnischer Lehramtskandidaten in der Provinz Posen erklärt Minister v. Götler, über eine generelle Verfügung hier eine Auskunft nicht geben zu können.

Abg. Kantall glaubt, daß dieser Fall des Pfarrers in Schwy die Art und Weise kennzeichnet, wie man heutzutage öffentliche Meinung mache. Der Reichskanzler habe, geküßt auf den Bericht eines Landrates, behauptet, daß ein polnisch-katholischer Pfarrer den Diensthofen verboten habe, bei Evangelischen zu dienen. Diese Behauptung sei durch gerichtliche Verhandlung widerlegt worden. Davon habe man offiziell nicht Notiz genommen. Dagegen sei eine falsche Behauptung in Millionen von Exemplaren verbreitet worden. In Hannover hätten nationalliberale Versammlungen die Sache für ihre Zweck ausgebeutet.

Abg. Windthorst mahnt zur Vorsicht bei der Benutzung derartiger „amtlicher“ Berichte.

Abg. Bayer befreit die frühere, gegen die Oberleitung der Diöcese Kilm gerichtete Behauptung des Kultusministers, daß in Belpin der deutsche Gottesdienst vernachlässigt werde. Dem widerspreche der Bericht des Regierungspräsidenten.

Minister v. Götler verspricht, den Fall zu untersuchen, er habe sich früher auf den Bericht des Präsidenten von 1872 bezogen. Dieser Bericht stehe in den Akten, und er bitte, doch nicht gleich mala fides vorauszusetzen, wenn diese altenmännlichen Thatsachen nicht ganz übereinstimmen. Die Wahrheit liege oft in der Mitte.

Abg. v. Schorlemer glaubt, daß der Minister auch in diesem Falle wieder, wie im Falle König, die Unwahrheit gesagt habe. Immer wieder habe er das Bedürfnis, den Bischof von Kilm, diesen ehrwürdigen loyalen Greis, anzugreifen und sich eine Niederlage zu holen. Warum gebe der Minister nicht offen und gerade diejenige Genehmigung, die schon bei der ersten Gelegenheit verlangt worden sei und die ihm zur Hand gereicht hätte? Diese Art des Vorgehens tangire auch das Ansehen der Regierung. In welchem Rechte stehe der Minister da bei einem solchen Vorgange?

Bei dem Kapitel Zuschüsse für Mädchenschulen befragt Abg. Schläger, daß noch immer, namentlich in der Provinz Hannover, der Unterricht in den Mädchenschulen nicht überwiegend von Lehrerinnen erteilt werde. Man müßte den Lehrerinnenmangel durch Errichtung von Volksschullehrerinnen-Seminaren vorgehen.

Beim Kapitel Elementarschulen beschwert sich Abgeordneter Dirichlet darüber, daß die Schulaufsichtsbehörden sehr häufig fiskalische Interessen wahrnehmen. In streitigen Fällen hätten sie die Entscheidung der Gerichte abzuwarten wie jeder Private, statt ihr angelegentlich zustehende Leistungen auf dem Wege der Exekution einzutreiben.

Zum Unterstützungsfonds für ausgeschiedene Elementarlehrer und Lehrerinnen (Emeriten) bemerkt

Abg. v. Schenkendorf: Dem im vorigen Jahre angenommenen Volksschullehrer-Pensionsgesetz konnte eine rückwirkende Kraft nicht gegeben werden; es hätte dies das Zustandekommen des Gesetzes selbst gefährdet. Dagegen wurde eine von mir und dem Abg. Luchhoff vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen, deren Inhalt etwa war, daß dieser Unterstützungsfonds dauernd in einer Höhe erhalten bleiben sollte, welcher die Emeriten vor wirklicher Noth schützt. Die große Zahl der in diesem Jahre wieder eingegangenen Pensionen dürste aber doch die Vermuthung rechtfertigen, daß diese Noth noch lange nicht beseitigt ist. Und doch sind schon jetzt im ersten Jahre 10 000 Mark auf den Titel 29 übernommen und im künftigen Jahr sollen weitere 31 000 Mark in Fortfall kommen. Ich möchte daher an den Herrn Finanzminister die dringende Bitte richten, bei dem Absterben der Emeriten nur ganz allmählig mit der weiteren Herabsetzung dieses Unterstützungsfonds vorzugehen, und in jedem weiteren Jahre die Frage von Neuem zu prüfen, ob den dann noch verbleibenden Emeriten, besonders den im Alter vorgeordneten und in ärmlichen Verhältnissen lebenden, nicht eine weitere Aufbesserung aus den städtisch gewordenen Geldern zu Theil werden könnte. Das hohe Haus und die Regierung haben den Emeriten stets das größte Wohlwollen zugewendet, und ich erinnere daran, daß, als auf den Antrag v. Bennigsen vor 3 Jahren dieser Fonds um 100 000 Mark erhöht werden sollte, die Regierung nach Feststellung der allerdingendsten Bedürfnisse diese Summe noch um 60 000 Mark erhöhte. Diese Vorgänge rechtfertigen meine Bitte gewiß. Der Herr Finanzminister möge, wie ich ja gern anerkenne, sparen, wo es irgend angänglich ist, aber nicht bei den alten und armen Emeriten.

Der Kultusetat wird im Uebrigen nach einigen Bemerkungen der Abg. Janßen, Christophersen und Wuermeling unbeanstandet genehmigt.

Es folgt der Etat des Handelsministeriums. Zu demselben liegt folgender Antrag zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen, gewählten Kommission vor: „In Kap. 63 der dauernden Ausgaben als Tit. 7a einzustellen: Zur Errichtung und Unterhaltung der Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen 200 000 M. (Bestände können zur Verwendung in die folgenden Jahre übertragen werden.)“

Referent Abg. v. Bedlig begründet den Vorschlag nach der staats- bzw. budgetrechtlichen, wie nach der materiellen Seite hin. Die Kommission habe zunächst die drei Fragen geprüft, ob überhaupt eine solche Beihilfe zu gewähren sei, in welcher Höhe und in welcher Form, ob in Form der vorgeschlagenen Staatsposition oder durch Votierung des Gesetzes. Die Kommission habe die erste Frage schon um deswillen bejaht, weil sich bei der ersten Beratung des Gesetzes im Hause kein prinzipieller Widerspruch geltend gemacht habe. Ebenso wenig habe man die Höhe der Summe demängelt. Nach dem Urtheil der Kommission präjudiziert eine derartige Bewilligung in keiner Weise dem Votum des anderen Hauses.

Abg. Rozanski bittet den Antrag abzulehnen.

Abg. Ficht. v. Schorlemer. Ist: Wäre das Gesetz fertig, so hätte es nicht auf sich, diesen Posten einzustellen, aber das Herrenhaus hat doch noch nicht über das Gesetz selbst votirt. Da demselben nur zuzustimmen, den Etat im Ganzen anzunehmen oder abzulehnen, so würde die Einstellung und Annahme dieses Postens doch sicherlich dem Herrenhaus bzw. dem Urtheil desselben über das Gesetz präjudizieren. Warum denn die Sache so überstürzen? Man kann ja ganz ruhig einen Nachtragsetat machen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. (Beifall links und im Centrum.)

Unterstaatssekretär Dr. v. Müller: Ich muß Sie im Gegentheil bitten, den Antrag Ihrer Kommission anzunehmen. Durch die Beschlüsse der letzteren ist der Gesetzentwurf dahin geändert, daß er nur noch Fragen des materiellen Rechts enthält, aber kein Wort von der Geldbewilligung. Der Regierung wäre die gesetzliche Regelung vortribühlicher erschienen, aber, da die Kommission diese Trennung beliebt hat, so will die Regierung nicht widersprechen. Sie können die 200 000 Mark ruhig bewilligen (weiter links), ohne dem Gesetze selbst und seiner Bestimmung vorzugreifen. Der § 1 des Gesetzes enthält ein werthvolles materielles Recht, sehr werthvoll an sich, aber doch nicht so werthvoll wie die Bewilligung der 200 000 M. (Große Mehrheit links). Das Haus hat durch Annahme des Antrages eben doch den Deutschen in den polnischen Landestheilen die Zusicherung erteilt, daß ihre Interessen nachhaltige Förderung erfahren sollen (Hört! links). Ich möchte Sie bitten, diese Zusage nicht dadurch abzuschwächen, daß Sie die Gewährung dieses Postens auf-

schließen. (Hört! links.) Man hofft in den Ostprovinzen auf die Erfüllung der durch Annahme des Antrages gegebenen Verheißung. Die Herren Polen und deren Freunde mögen ja das Gegentheil wünschen, aber die Staatsregierung hofft, daß die Majorität treu der früheren Zusage die Position annehmen wird. (Beifall rechts; Lachen und Hört! links.)

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Man hofft sich in dieser Sache allein von dem Gesichtspunkte aus entscheiden können, ob die Bewilligung wünschenswerth ist oder nicht. Wir selbst halten eine Erledigung durch Bewilligung eines Staatspostens für die geeignetste, und hätte die Regierung allein diesen Weg gewählt, so würde wohl Niemand widersprochen haben, denn auf allen Seiten besteht volle Sympathie gegenüber den Fortbildungsschulen. Gegenüber dem heutigen Entgegenkommen der Staatsregierung werde ich für die Bewilligung stimmen.

Abg. Hübner tritt in gleichem Sinne für die Genehmigung der neuen Staatsposition ein, namentlich da derselbe nach keiner Richtung hin dem fälligen Urtheile über die betreffende Gesetzesvorlage präjudizire.

Abg. Riesecke ist dagegen der Ansicht, daß Gesetz und Position untrennbar seien, denn in einem Paragraphen jenes Gesetzes werde der Zweck der letzteren angegeben. Trenne man beides, so sei die Regierung in keiner Weise gebunden, die 200 000 M. im Sinne des Gesetzes zu verwenden. Deshalb werde er seinerseits die Aufnahme dieser Position in den Etat nicht zugeben.

Abg. Graf Limburg-Stirum würde keine verfassungsmäßigen Bedenken haben, die für Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen geforderten Gelder durch besonderes Gesetz zu gewähren, hält indessen den von der Kommission empfohlenen Weg für korrekter und wird demselben zustimmen, um so mehr, als ja doch die Mehrheit des Hauses notorisch für das Gesetz votiren werde.

Abg. Dirichlet bekämpft den Kommissionsantrag, der im Grunde doch nur die Zustimmung zu einer antipolnischen Vorlage vorweg verlangt. Redner kann nicht glauben, daß sich der deutschen Bevölkerung in Posen und Westpreußen tiefe Niedergeschlagenheit bemächtigen werde, wenn man die Bewilligung um 14 Tage verschiebe; denn länger werde das Zustandekommen eines Nachtragsetats sich kaum hinausziehen. Und was solle geschehen, wenn etwa Westpreußen demnach aus dem Gesetz gestrichen werde?

Abg. Ricker: Die Regierung lege ein besonderes Gesetz vor, nach welchem jährlich 200 000 M. für Fortbildungsschulen in Posen und Westpreußen ausgegeben werden sollten. Bei der ersten Lesung habe ich auf dieses ganz ungewöhnliche Verfahren, die Sache außerhalb des Etats und für die Dauer zu regeln, hingewiesen und eine Regelung im Etat, ganz abgesehen von dem Gesetz, gefordert. Darauf ist die Kommission und auch die Regierung, obwohl sie früher widersprach, eingegangen und ich werde daher wie der Abg. Meyer-Breslau jetzt für die Bewilligung im Etat stimmen. Daraus ergeben sich keinerlei Schwierigkeiten. Die Staatsposition ist ebenso unabhängig vom dem Gesetz, wie die 197 000 M., die schon jetzt für Fortbildungsschulen im Etat bewilligt werden. Für die Zukunft und für das Gesetz behält der Landtag völlig freie Hand. Die Frage ist jetzt nur erstens: Ist die Förderung von Fortbildungsschulen in Posen und Westpreußen nöthig? Diese Frage ist von der großen Majorität bejaht, und ferner: werden die 200 000 M. im nächsten Jahre Verwendung finden können? Auch diese Frage ist in der Kommission bejaht und von der Regierung die Verwendung nachgewiesen. Ich bitte also im Interesse der Förderung der Fortbildungsschulen, die gerade in diesen Provinzen dringend nöthig sind und von Allen gewünscht werden müssen, die 200 000 M. zu bewilligen. Das Gesetz wünsche ich gar nicht. Möge man doch erst einmal versuchen, ob nicht mit den bisherigen Bestimmungen aus-

zukommen ist.

Hierauf wird der Kommissionsantrag mit großer Majorität genehmigt; gegen denselben stimmen

Bentrum, Polen und etwa die Hälfte der Freisinnigen.

Abg. Reinhold (nat.-lib.) befragt die Vermehrung der Fabrikinspektoren, speziell die Anstellung je eines Inspektors für Ost- und Westpreußen, sowie eine Theilung des Bezirks Lachen-Trier. Außerdem betont Redner das Bedürfnis der Beschaffung eines technisch besser durchgebildeten Gewerbeinspektors. Im Königreich Sachsen sei das Institut der Inspektoren der Fabrikinspektoren weit umfassender durchgeführt als bei uns. Die Regierung möge in Erwägung ziehen, ob nicht im nächsten Etat Mittel zur Vermehrung der Aufsichtskräfte zur Verfügung zu stellen wären, damit eine häufigere Revision der Fabriken möglich werde.

Unterstaatssekretär v. Müller giebt zu, daß einige Bezirke zu groß seien; der gegenwärtige Moment sei aber für grundlegende Änderungen nicht geeignet, da das Institut der Gewerbetätige sich noch in einem Uebergangsstadium befinde.

Damit ist die dritte Beratung des Etats erledigt. Nach den Beschlüssen derselben beläuft sich der erforderliche Anseibetrag auf 8 770 800 M. Die Einnahme beträgt 1 299 474 312 M., das Defizit der Ausgaben 1 282 836 621, das Extraordinarium 36 637 691 M.

Mit diesen Zahlen werden das Etat- und das Anleibgesetz im Ganzen definitiv genehmigt.

Auf Antrag des Abg. Riesecke wird der 37. Bericht der Staatsschuldenkommission der Budget-Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Der Gesetzentwurf, betr. die Erweiterung des Staatsschuldenbuchs, gelangt ohne Debatte in erster und zweiter Lesung unanändert zur Annahme.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Kantongefängnisse in der Rheinprovinz.

Abg. Noeren bedauert, daß die Regierung den Entwurf in der Form wieder vorlege, die im Vorjahr die Zustimmung des Herrenhauses nicht erhalten habe. Legteres habe, den Wünschen des rheinischen Provinzial-Landtages und dem Ergebnis des historischen Ganges der Entwicklung entsprechend, die Forderung der Regierung abgelehnt, welche dahin ging, daß nach staatsseitiger Uebernahme der Verpflichtung zum Bau und zur Unterhaltung der Kantongefängnisse die Polizeistrafgelder hinfür nicht mehr den Gemeindefassen, sondern der Staatskasse zuzuführen hätten. Jetzt erbehe die Regierung wiederum dieselbe Forderung und stütze sie auf die schon im Vorjahr vorgetragenen Gründe, die seiner Ansicht nach heute ebenloewenig beweiskräftig seien wie damals. Redner beantragt kommissarische Vorberatung und zwar in einer besonderen ad hoc zu wählenden Kommission.

Letzteren Wunsch theilen die Abgg. Jordan (nat.-lib.) und Lehmann (Bentrum), während von den Abgg. v. Rosenburg, Gruszinski (freisinnl.), Riesecke und v. Rauchsaupt die Vorprüfung des Gesetzentwurfs in der Gemeindefassungskommission empfohlen wird.

Das Haus beschließt dem letzten Vorschlage gemäß. Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Petitionen und Wahlprüfungen.)

Kommunales.

w. Der vom Marthallenkuratorium dem Magistrat vorgelegte Entwurf einer Polizei-Verordnung für den Marthallenverkehr beschäftigte das Magistratskollegium in seiner gestrigen Sitzung längere Zeit. Der Entwurf bestimmt, daß die Zentral-Marthalle in der Neuen Friedrichstraße für Einbringung von Marktgut in die Stände und für den Großhandel von 1 Uhr Nachts an geöffnet sein soll, während die übrigen Marthallen für den Großhandel im Sommer von 4 und im Winter von 5 Uhr Morgens ab offen sein werden.

Für den Kleinhandel soll die Öffnung sämtlicher Hallen gleichmäßig im Sommer um 6 und im Winter um 7 Uhr erfolgen. Für das Publikum werden die Marthallen von dieser Zeit an bis Mittags 1 Uhr und von 4-8 Uhr Abends geöffnet sein. An Sonn- und Festtagen erfolgt der Schluß der Hallen um 9 Uhr Morgens. Jeder Gewerbetrieb im Umhergehen, mit Ausnahme des Verkaufs von gelochtem Kaffee, soll untersagt sein. Verboten ist das Mitbringen resp. Lagern und Handeln roher Thierfelle. Pferdefleisch darf nur in solchen Ständen feilgeboten werden, in denen anderes Fleisch nicht zum Verkauf ausliegt, auch muß der betreffende Stand eine Tafel mit der deutlichen Aufschrift: „Kofffleisch“ tragen. Ebenso müssen Kunstbutter und Milchbutter beim Verkauf gefondert gehalten und durch Anbringung von entsprechenden Schildern kenntlich gemacht werden. Das Mitbringen von Hunden sowohl seitens der Käufer als auch der Verkäufer in die Hallen ist untersagt. Der Magistrat hat dem Entwurf zugestimmt.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 25. März c., Nachmittags 5 Uhr. Einige Pensionierungs- und Anstellungssachen — Vier Naturalisationsgesuche — Vertretung des Staats-Ausschusses über die Vorlage, betr. die anderweitige Regelung der Stellung der juristischen Hilfsarbeiter beim Magistrat — desgl. über die noch nicht zur Feststellung gelangten Spezialata des Stadthaushaltsetats pro 1. April 1886/87 — desgl. über die Etat für die Verwaltung der städtischen Wasserwerke, für den Zentral-Bismarck etc. und für die Verwaltung der Hauptkasse der städtischen Werke pro 1. April 1886/87 — Berichterstatter über die Vorlage, betr. das Projekt zum Neubau eines Ufils für Obdachlose und einer Desinfektionsanstalt an der Brenzlauer Allee — desgl. über die Vorlage, betr. die Aufnahme von zwei neuen Straßen in die Abtheilung XIII, 2 des Bebauungsplans — Wahl von vier Mitgliedern für die gemischte Deputation zum Anlauf von Grundstücken am Mühlendamm — Vorlage, betr. die Anstellung von Besuchern behufs Gewinnung eines reinen Brunnenwassers — desgl., betr. den Anlauf von Terrain des Grundstücks Friedrichstraße 127 zur Verwendung für das Friedrich-Gymnasium — desgl., betr. die Anlage von zwei neuen Straßen zur Verbindung der Blumenstraße mit der Großen Frankfurterstraße und mit der Schillingstraße — Fortsetzung der Beratung über eine Petition, betr. die Wiederbestellung von Auslastestellen am Hölziger, Kottbuser, Blan-, Elisabeth- und Kohlen-Ufer — Vorlage, betr. das Verhältniß, wie der Ladeverkehr sich am Landwehrkanal gestaltet — desgl., betr. die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung der Frage, welche Stellung die Stadtgemeinde zu dem Projekt der Spreeregulierung einzunehmen hat — desgl., betr. das Projekt zur Errichtung eines Pavillons auf dem Arbeitsgrundstücke zu Rummelsburg zu einer Anstalt für verwaarloste Kinder — desgl., betr. die der Haupt-Sitzungs-Kasse im Jahre 1885 zugewendeten Vermächtnisse und Geschenke — Etat der Reuter-Stiftung pro 1. April 1886/87 — Vorlage, betr. die im Oktober-Dezember-Vierteljahr 1885 durch die städtischen Gasanstalten gescheiten Flammen — desgl., betr. die Festsetzung von Bauauslinien für die Verlängerung der Charlottenstraße von der Georgenstraße bis zum Weidendamm und den Verkauf der Bauflächen der Grundstücke Dorotheenstraße 12 und Georgenstraße 32 zum Abbruch — desgl., betr. die Verlängerung der Billigkeitsdauer der Bestimmungen für die Geschäftsführung bei den im Bereiche der Kanalisation vorkommenden Bau-Ausführungen — desgl., betr. einige Abänderungen des neuen Gemeinde-Einkommensteuer-Regulativs für die Stadt Berlin — Berichterstatter über eine Petition — einige Unterstützungssachen — Vorlagen, betr. die Neuwahl von 3 Mitgliedern für das Kuratorium der „Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1879“ — Vorlagen, betr. die Neuwahl je eines Bürgerdeputierten für die Gewerbe-Deputation, für die Schul-Deputation und für das Kuratorium des städtischen Turnwesens — Vorlage, betr. zwei Wahlablehnungen — desgl., betr. die Gewährung des Stellengehalts für einen mit der kommissarischen Verwaltung einer Volksschullehrerstelle beauftragten ehemaligen Schullehrer. — Außerdem, und zwar um 6 Uhr, wird von dem Herrn Oberbürgermeister Dr. von Jordan die Einführung eines unbefoldeten Stadtraths bewirkt werden.

Lokales.

Auf den Rasenflächen unserer Schmuckplätze sieht das Thauwasser in großen Lachen. Dem Landmann bieten seine Acker einen ähnlichen Anblick und für ihn ist das ein ernstes Bild. Aus der Umgegend schreibt man: Die Rasen von Schnee und Eis, welche bisher auf den Aedern lagerten, sind bereits geschmolzen, der Erdboden aber ist noch etwa meeres-tief gestoren, so daß das Wasser nicht einsiegen kann und schon jetzt an vielen Stellen sich zu Seen angesammelt hat. Die Winterfaat, die nicht von dem Frost vernichtet ist, fällt nun dem Wasser zum Opfer, so daß dem Landmann die Aussicht bevorsteht, die ganze Winterfaat noch einmal unter den Pflug zu nehmen. Bei der vorgeschrittenen Zeit häuft sich die Arbeit derart, daß ein großer Theil der Acker wird unbesäet bleiben müssen, da es an Arbeitskräften zur Bewältigung der Arbeit fehlen wird. — Die letzte Annahme erscheint uns un-gerechtfertigt, da an Arbeitskräften schwerlich so leicht ein Mangel eintreten wird.

Die 9. Fortbildungsschule, Fruchtstr. 38, schloß am vergangenen Sonntag ihr achtzehntes Semester durch Vertheilung der Hensuren und Entlassung der Abgehenden. Die Schule wurde im abgelaufenen Wintersemester von 972 Schülern in 45 Klassen besucht, welche sich auf deutsche und französische Sprache, Rechnen, Geometrie, einfache und doppelte Buchführung, Körper- und Körperzeichnen, sowie Hochzeichnen für Tischler, Schlosser, Maschinendauer, Mechaniker, auf Modellieren in Thon und Wachs, und auf Physik erstreckten. Das Sommersemester beginnt Sonntag, den 4. April, und werden Anmeldungen neuer Schüler täglich von 11-1 Uhr und von 4-7 Uhr im Amtszimmer, Schulhaus der 52. Gemeindefassule, 2 Treppen hoch, von dem Vorsteher der Fortbildungsschule, Rektor W. Biehl, entgegengenommen.

Wieder stellt der Hamburger Meteorologe der „Post“ kaltes Wetter in Aussicht. Er schreibt d. d. 22. März: „Der 22. März brachte Hamburg unfreundlich trübes Nebelwetter und zeitweise Regen. Leichtere, kühler Nordwind wehte und deutete im Verein mit dem steigenden Luftdruck an, daß wieder ein Gebiet hohen Druckes in der Ausbildung begriffen sei, welches abermals die Entfaltung kalter Nordostwinde herbeiführen und Nachfröste im Gefolge haben werde.“ — Offensichtlich irrte sich der sonst so zuverlässige Wetterprophet diesmal gründlich!

Die Mutter als Heirathsvermittlerin. In der jetzigen Nummer eines Berliner Blattes findet sich folgende Anzeige: „Eine ablige Dame sucht für ihren 26-jährigen, lebenskräftigen (!) Sohn, angebenden Kreithierarzt, Heirathswegen (!) eine treue Lebensgefährtin.“ Das Glück, die Gattin dieses hoffnungsvollen Edelmanns zu werden, ist jedoch durch viele Bedingungen erschwert. Die „Bewerberin“ — die Rollen sind hier vertauscht — muß 22 Jahre alt, gesund, hübsch, edlen Charakters und gebildet sein. Neben unschätzbaren häuslichen Thugenden darf auch die schätzbare eines Besizes von 30 bis 40 000 Thalern nicht fehlen. „Zeit ist Geld“, sagt das Sprichwort. Sollte hier „Zeitmangel“ vielleicht — Geldmangel bedeuten?!

Vor 8 Jahren wurde hier die Wittve Sabathy ermordet, die Thäter sind bisher unbekannt geblieben. Jetzt meldet man der „Magd. Post“ unter dem 21. d. M. aus Wittenberg. Vor einigen Tagen hat sich ein im Müllergesängnis zu Torgau eine Strafe abbüßender Soldat, angeblich

von Gewissensbissen gepeinigt, gemeldet und die Behauptung aufgestellt, daß er vor etwa acht Jahren, im Alter von 14 Jahren, in Gemeinschaft mit noch zwei Altersgenossen, ebenfalls Berliner Kindern, die Witwe Sobagis in Berlin ermordet und beraubt habe. Ob an dem Gesährdich des Vorgangs etwas Wahres ist, wird die Untersuchung an den Tag bringen. Einweilen ist hier gestern in der Sache ein Greitender des 20. Regiments unter dem Verdacht der Mithschuld verhaftet und nach Torgau überführt worden. Der Verhaftete, dem von seinen Vorgesetzten Lob erteilt wird, hat angegeben, von der Sache nichts zu wissen.

Der wissenschaftliche Streit über die Miesmuschel ist noch immer nicht abgeschlossen. Dr. Lohmeyer in Emden hatte behauptet, daß die Wilhelmshavener Miesmuschel als eine von der typischen, ehbaren Miesmuschel verschiedene und eingeklebte Art (Mytilus edulis L.) sich darstelle. Von anderen Seiten wurde die Richtigkeit dieser Diagnose nicht anerkannt, so insbesondere vom Geheimen Medizinalrathe Birkow, welcher in der „Berliner Medizinischen Gesellschaft“, gestützt auf ein Gutachten der Zoologen von Martens und F. Eilhardt Schulze die Auffassung einer besonderen Art nicht für berechtigt erklärte. Demgegenüber verteidigt jetzt Dr. Lohmeyer in einem längeren Artikel der „Klinischen Wochenschrift“ seine Ansicht, die auch von Dr. Kobelt, einem hervorragenden Knochologen, sowie von englischen Gelehrten geteilt wird. Gegen den Einwand Birkows, der sich auf die Einschleppung bezieht, bemerkt der Verfasser: „Einschleppung ist sie und muß sie sein, weil sie sonst nirgends, weder im Umfange der ostfriesischen Küster matten, noch an den Stränden der ostfriesischen Inseln, noch in der Jade bis jetzt gefunden wurde, und hier zu Lande nicht bekannt ist. . . . Dagegen erkannten einige Kapitane in ihr sofort die in Englands Häfen, Docks u. sehr häufig vorkommende Muschel.“ Nach Ansicht verschiedener Kapitane soll unter den Seeleuten die Ueberzeugung herrschen, daß man „Muscheln“ (Miesmuscheln), welche im stillen Wasser leben, nicht essen dürfe. Auch soll nach Mitteilung des Dr. Kobelt in Amerika, wo man doch sehr viele Schaalblie esse, die Miesmuschel in schlechtem Kredit stehen. In Anbetracht der traurigen, in Wilhelmshaven verursachten Vergiftungen und auf Grund seiner Erfahrungen kommt Dr. Lohmeyer zu folgendem Ergebnis: „Für die Praxis ist die gestreifte Miesmuschel, obwohl sie nicht immer giftig ist, ein für alle Mal für giftig zu erklären und deren Genuß zu verbieten, sowie alle Miesmuscheln, welche in stillen Wasser, in Docks, Häfen, Buchten von Flußmündungen gefunden werden und freigeiß, hellbraun oder orangefarb — anders als die gemeine blaue Miesmuschel — gefärbt sind, ohne Weiteres als im höchsten Grade verdächtig anzusehen!“

o. Nord. Die Nachricht von einer entsetzlichen Bluttat verbreitete sich am Dienstag in der dritten Nachmittagsstunde mit Windeseile in der Rosenthaler Vorstadt und versetzte die Bewohner des Norddistrikts in ungeheure Aufregung. Eine Mutter hat ihre leiblichen Kinder, einen Knaben von 1 1/2 Jahren bzw. ein Mädchen von 5 Monaten, mittels eines Küchenmessers mit kaltem Blute hingerichtet und sich sodann auf gleiche Weise der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Auf Grund am Thortore eingezogener persönlicher Recherchen wird uns von unserem Referenten nachstehende detaillierte Mitteilung eingeleitet: In dem Parterregeschoß des Seitenflügels Veteranenstraße Nr. 3 bewohnte der Konfektionsmeister von der Firma Jacob Vandsberger, Hermann Grieger, mit seiner Frau nebst 6 Kindern im Alter von 11 Jahren, 9 Jahren, 7 Jahren, 4 Jahren, 1 1/2 Jahren und 5 Monaten eine aus drei Zimmern bestehende Wohnung. Die G. 'sche Familie, welche sich in vorliegender Gegend eines tadellosen Rufes erfreut, wohnt seit Jahresfrist im genannten Hause. Bei der Firma J. Vandsberger hat G. eine seit drei Jahren sehr gut dotierte Stellung, überhaupt gilt die Familie als leidlich gut situiert. In der Mittagsstunde etwa gegen 12 1/2 Uhr hörte die mit der G. 'schen Familie auf selbigem Treppenturm wohnende Mietwirtsin Frau Malcholz weinerliches Geschrei und als sie die Wohnungstür öffnete, trat ihr der vierjährige Gustav mit schredensbleichem Gesicht mit dem Ruf: „Tante, liebe Tante, meine Mutter hat sich in den Hals geschossen.“ Die blutete so! Als Frau Malcholz sofort die G. 'sche Wohnung betrat, bot sich ihr ein graufiger Anblick dar. In der Wohnstube lag die am 14. Oktober 1849 zu Lauban geborene Frau Anna Grieger geb. Grothe noch lebend und mit durchschnittenem Halse auf dem Fußboden; sie blutete stark und das Messer steckte ihr noch in der Kehle. Neben ihr auf dem Boden stand eine Flasche, wie sich herausgestellt mit Salzsäure gefüllt, wovon die G. 'genossen hat. Auf dem Sopha lag mit gleichem durchschnittenem Halse der am 2. Dezember 1884 geborene Georg Grieger, während die fünf Monate alte kleine Hedebeth G. mit durchschnittenem Halse in der Wiege lag. Sofort benachrichtigte Frau Malcholz die im Vorderhause wohnende Hauswirtsin Frau Palm, alsbald wurde der Vorstand des 62. Polizei Revier und sofort mittels Birkulardepesche der 1. Staatsanwalt v. Angern, der Chef der Kriminalpolizei Graf Wäcker, Untersuchungsrichter Landgerichtsrath Hollmann, der Kriminalinspektor von der Inspektion B. Herr v. Meerscheidt-Höllesheim u. von der Bluttat in Kenntnis gesetzt. Auch der prakt. Arzt Herr Dr. Guthmann sowie der Kriminalschuymann Reich aus dem Polizei-Revier waren schon um 1/2 1 Uhr am Thortore. Der Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod der Mörderin und ihrer Opfer konstatieren. Nachdem durch die Gerichtsärzte Geheimrat Prof. Aman u. die vorläufige Leichenschau stattgefunden und der Tatbestand wie oben beschrieben festgestellt war, wurden um 7 1/2 Uhr Abends die Leichen nach der neuen Morgue übergeführt. Der Mann, welcher von der Arbeitsstelle nach seinem Polizeibureau flücht worden war, wurde alsbald auf freien Fuß gesetzt. — Nach anderer Version soll die Frau G. seit mehreren Tagen Spuren von Gemüthskrankheit gezeigt haben.

Polizei Bericht. Am 22. d. M. Vormittags wurde an der Wallenstrasse die Leiche eines unbekannt, etwa 40 Jahre alten Mannes und Nachmittags an der Stadtschleuse die Leiche einer unbekannt Frauensperson aus dem Wasser gezogen. Beide Leichen wurden nach dem Leichenschauhause gebracht. — An demselben Tage, Nachmittags gegen 1 Uhr, entstand in der Hoppoldtschen Brauerei, Hasenbade Nr. 6, und zwar in der Darre, auf bisher unaufgeklärt gebliebene Weise Feuer, welches den Dachstuhl und das zweite Stockwerk, sowie sämtliche Malzvorstände im Betrage von etwa 10 000 Rentnern vernichtete. Bei den Aufräumungsarbeiten verunglückte ein Stritzenmann dadurch, daß er etwa 4 Meter tief hinabfiel und sich durch den Fall eine Verstauchung des Rückgrats zuzog. Er wurde mittels Dreifische nach seiner Wohnung gebracht. — In der Nacht zum 23. d. M. erhielt ein Schuymann, als er an der Ecke der Krausnick- und Großen Hamburgerstraße einen Mann wegen Aufseherung und Beleidigung festnehmen wollte, mit einem Messer einen Stich in die rechte Hand, durch den die Haut bis zum Gelenk durchschnitten und das Mittelfinger des Reizfingers verletzt wurde. Der Thäter wurde verhaftet. Der Schuymann mußte sich sofort nach dem St. Hedwigskrankenhaus begeben, um die Wunde zu säubern und verbinden zu lassen.

Gerichts-Zeitung.

Höchst wichtig für die kaufmännischen Kreise ist der Verlauf und der Ausgang einer Anklagesache wegen wiederholten Betrugs und versuchten Betrugs, welche gestern gegen den Handlungsreisenden Kammerer von der sechsten Strafkammer des Reichsgerichts I in der Berufungsinstanz verhandelt wurden. Der Angeklagte war in der letzten Hälfte des vorigen Jahres Handlungsreisender in der Butter-Engros-Handlung von Edinger in Berlin. Bei sieben namhaft gemachten Käufern

und Konditoren in den verschiedenen Städten der Provinz Brandenburg erklärte der Angeklagte auf deren Veranlassung, daß sie ihre Butter bisher von Greier in Rastin bezogen: „Ach was, der kann Ihnen ja die Butter nicht so billig liefern, als Edinger, da er ja erst von diesem seine Butter, und zwar auf Kommission, bezieht. Auch hat er bereits fallirt.“ Der letztere, welcher nicht als von Edinger bezogen hat, brachte diese ihm zu Ohren gekommenen falschen Borspiegelungen des Angeklagten zur Anzeige und die Staatsanwaltschaft erhob die obige Anklage. Das hiesige Schöffengericht verurteilte denn auch den Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von vier Wochen Gefängnis. In der gegen dieses Urteil eingelegten Berufung machte der Angeklagte geltend, daß er sich bezüglich seiner Neuerung im guten Glauben und in der Abwehr gegen Gr. befunden habe, der seinen Prinzipal in gleicher Weise verkleumdet und dafür mit 150 M. bestraft sei, sowie daß die von Kunden sich zur Bestellung nur wegen des geringeren Preises haben bestimmen lassen. Der Staatsanwalt plaidierte für Verurteilung der Berufung, wogegen der Gerichtshof auf Freisprechung des Angeklagten erkannte, da, obwohl die Rechtswidrigkeit desselben feststehe, anzunehmen sei, daß die Kunden nicht durch die falsche Thatsache, sondern lediglich wegen des billigen Preises bestellt haben.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 22. März 1886. Wegen Verlaufs einer unächtigen Schrift waren die Buch- und Kunsthändler Oskar Sacke und Otto Heintzelmann in Hannover vor dortigen Landgerichte unter Anklage gestellt, aber freigesprochen worden. Es handelte sich um den Verkauf des Decamerone, welcher nach der Ansicht des Landgerichtes allerdings ein Bild großer stiltlicher Entartung entrollt, aber im allgemeinen als ein stiltliches Buch anzusehen sei. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts seien namentlich die höheren Stände von Franz I. von Frankreich herab in Sittenlosigkeit verfallen gewesen, auch die Geistlichkeit, und gegen diese sei insbesondere das genannte Buch gerichtet. Allerdings bilden, wie das Gericht weiter sagt, Verführungen und andere geschlechtliche Dinge den Hauptinhalt des Buches, aber bei der durch Erhabenheit des Charakters ausgezeichneten Verfasserin, der Herzogin von Alençon, sei die Annahme ausgeschlossen, daß es ihre Absicht gewesen sei, geschlechtlich zu reizen. Das Buch sei ein Sittenpiegel einer Jahrhunderte zurückliegenden Zeit; das werde schon durch die vorliegende Bearbeitung und die in derselben gegebenen Bemerkungen bewiesen. Dergleichen, nämlich gegen die Verneinung der unstillen Tendenzen, kämpfte die Staatsanwaltschaft in der Revisionsinstanz an. Der Reichsanwalt beantragte jedoch die Verurteilung des Reichsgerichts, da die Feststellungen des Landgerichtes unangreifbar seien. Demgemäß verwarf der dritte Strafsenat des Reichsgerichtes die Revision, obgleich er in einem früheren Falle anerkannt hatte, daß der Decamerone ein unstillisches Buch sei.

Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Drechsler und verwandten Berufsgenossen richtet die unterzeichnete Kommission den dringenden Mahnruf, mit aller Kraft für die streikenden Gewerkschaften der Siedel- und Steinmühlensfabrik einzutreten, vor allem durch materielle Unterstützung. Wir ersuchen alle bereits festgestellten Helfer in der heut Abend bei Gratweil, Kommandantenstraße 77-79, stattfindenden Delegierten-Versammlung abzuheuern. Wir geben in Weiterem den Gewerkschaften zu bedenken, daß, sollte der durchaus gerechtfertigte Streik durch ungenügende Unterstützung zu Gunsten des Fabrikanten und zum Schaden der streikenden Arbeiter zu Ende gehen, die Drechsler und verwandten Berufsgenossen Berlins sich von dem Vorwurf nicht werden freisprechen können, daß sie Jes vor allem waren, welche die Solidarität der Arbeiter-Interessen nicht hochgehalten haben. Daß dieser Vorwurf uns nicht gemacht werden kann, dafür einzutreten ist die Pflicht des Einzelnen wie der Gesamtheit. Gewerkschaften, zeigt durch allseitige Unterstützung dieses kleinen Streiks innerhalb der Gewerkschaft, daß wir, nachdem wir durch die Unterstützung der gesamten deutschen Arbeiterschaft bei unserer vorjährigen Lohnbewegung in den Sattel gehoben, nun auch in diesem Falle beweisen, daß wir reiten gelernt haben. Alles weitere in der Delegierten-Versammlung, wo jede Werkstatt vertreten sein muß. (Siehe Inserat.) Mit kollegialstem Gruß! Die Lohnkommission der Drechsler und verwandten Berufsgenossen Berlins. J. A.: H. Sandermann, Gitschinerstr. 61 1.

Vereine und Versammlungen.

* Eine öffentliche Eisenbahnarbeiter-Versammlung, von ca. 2000 Personen besucht, tagte am Freitag, den 19. d. M., Brangelstr. 9/10, in der Urania. Schon lange vor der Eröffnung war der Saal überfüllt, so daß beide Galerien geöffnet werden mußten, von sämtlichen Berliner Bahnhöfen waren die Arbeiter erschienen. Ins Bureau wurden die Herren Papke zum 1. und Felgentreff zum 2. Vorstehenden und C. Schulz als Schriftführer gewählt. Herr Kordel als Referent sprach in sachlicher Weise ca. 1/2 Stunden. Redner führte ungefähr folgendes aus: „Als einen der würdevollsten Punkte bei den Eisenbahnarbeitern sei unbedingt die lange Arbeitszeit zu betrachten, insbesondere wenn man erwägt, daß die Anforderungen der Arbeiter oft beratig sind, daß nur die stärksten und gesündesten Leute für die Dauer sich als widerstandsfähig erweisen. Rechnet man noch hinzu, daß bei einem Lohn von 2 M. täglich für einen Familienvater auch nicht die geringste Möglichkeit vorhanden, dem Körper die verbrauchten Kräfte wieder zu ersetzen, dann sei es kein Wunder, wenn selbst bei sonst braven Leuten die Ehrlichkeit in Frage gestellt werde. Wenn nun noch Verstaatlichung der Bahnen, noch Neuerungen eingeführt werden, wie z. B. die vierwöchentliche Lohnzahlung, dann dürfe man keinen Augenblick mehr warten, um das unendliche Elend zu beseitigen. Der geeignetste Weg sei eine Petition, da es nun an den Reichstag einmal nicht geht, an den preussischen Landtag. Der Reichstagsabgeordnete Herr Krüger, mit stürmischem Beifall begrüßt, führte hierauf ungefähr folgendes aus: Meine Herren, da ich 13 Jahre Lohnarbeiter war, werden Sie mir glauben, daß ich die Verhältnisse genau kenne. Die Ausführungen des Referenten beweisen mir, daß sich die Lage der Eisenbahnarbeiter nicht zum Vorteil derselben entwickelt hat, wenn die ohnehin viel zu niedrigen Löhne nicht, wie bei den Beamten, pränumerando gezahlt werden, dann müßten dieselben wenigstens wöchentlich zur Auszahlung gelangen. Ein Sturm von Petitionen sämtlicher Eisenbahnarbeiter hätte bei der Neuerung der wöchentlichen Lohnzahlung an den Landtag ergeben müssen. Wenn man aber Petitionen an den Landtag schickt, dann müsse man alle Mißstände genau aufzählen und dieselben mit Beweisen belegen. Man solle sich nicht in allgemeinen Forderungen ergehen, sondern alle Forderungen genau präzisieren, sogar die Folgen der herrschenden Mißstände, als auch die Folgen etwaiger Besserungen in das richtige Licht zu stellen suchen. Redner hofft, daß, wenn die Arbeiter mehr zum Massenbewußtsein erwacht, es ihnen vielleicht gelingt, selbst unter dem Dreiklassen-Wahlgesetz in den Landtag zum Segen der Arbeiter wahre Vertreter derselben senden zu können. Reiches Beifall lohnte dem Redner. Herr Krüger schloß sich in der Hauptsache dem Vorredner an und bezieht sich vor, ausführlicher in der nächsten Versammlung zu berichten. In längerer Ausführung kritisierte hierauf Herr Gördi die Frauenarbeit in den Bahnen und ermahnte zur Organisation. In demselben Sinne äußerte sich Herr Schulz. Unter großer Heiterkeit der Versammlung theilte noch ein Eisenbahn-Arbeiter mit, daß es seinem Kollegen gelungen sei, nachdem bei sämt-

lichen Instanzen vergebens darum eucht wurde, durch die Vermittlung des Herrn Hofprediger Stöcker wenigstens alle 3 Wochen einen freien Sonntag zu erhalten. — Eine Resolution im Sinne des Referenten wurde angenommen. Der Referent ermahnte in seinem Schlusswort noch die Eisenbahnarbeiter, nicht nur in den wenigen, ihre eigenen Interessen berührenden Versammlungen zu erscheinen, sondern sich mehr und mehr öffentlich an der Arbeiterbewegung zu beteiligen, und wenn wieder einmal der Tag der Wahl gekommen sei, sich den Kandidaten genau anzusehen. Nur einem solchen sollten sie die Stimme geben, der mit den Interessen der Arbeiter eng verwachsen und für dieselben unter allen Umständen einzutreten gewillt sei. Mit einem Hoch auf die gerechte Sache und deren Gelingen schloß der Vorstehende gegen 1 Uhr die Versammlung.

Im Arbeiter-Bezirksverein „Süd-Ost“ hielt am 17. d. M. der Stadtverordnete Herr Witan einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die neuesten Vorgänge in der Stadtverordneten-Versammlung“. Redner gab zunächst ein Bild von dem Verhalten vieler Stadtverordneten während der Verhandlungen. Statt sich an denselben zu beteiligen, führten dieselben oft so laute Zwiegespräche, daß es dem Einzelnen wegen der herrschenden Unruhe oft sehr schwer werde, den Verhandlungen zu folgen. Redner besprach dann den von den Arbeiterstadtvorordneten gestellten Antrag, betreffend die Zahlung eines Minimallohnes von 3 M. für die städtischen Arbeiter, und das Verhalten der Majorität der Stadtverordneten-Versammlung demselben gegenüber. Besonders scharf rügte Redner die Ausführungen des Stadtverordneten Hoffmann II., der erklärt hatte, daß eine Erhöhung der Löhne gar nicht notwendig sei, da der Lebensunterhalt nicht theurer, sondern billiger geworden sei und besonders die Wohnungsmieten nur einen geringen Teil des Einkommens absorbierten, da für 100-120 M. genügende Wohnungen vorhanden seien. Bei Besprechung des Magistratsantrages, betr. die Einführung von Regenbädern in den Gemeindeschulen, tadelte Redner unter dem Beifall der Versammlung in herben Worten die Art und Weise, in der die Redner der Majorität die ganze Sache behandelt hätten. Er drückte besonders seinen Unwillen darüber aus, daß der Stadtverordnete Kreiling die Kinder der Arbeiter als oft mit ansteckenden Krankheiten befallen bezeichnet habe. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die in der letzten Stadtverordneten-Versammlung speziell von dem Stadtverordneten Hoffmann II. aufgestellten Behauptungen über Arbeiterwohnungsverhältnisse mit den thatsächlichen Verhältnissen im krassen Widerspruch stehen, spricht die heutige Versammlung des Arbeiter-Bezirksverein „Süd Ost“ ihre Entrüstung darüber aus. — Ferner protestirt die heutige Versammlung energisch gegen die in den Ausführungen des Stadtverordneten Kreiling liegende Unterschätzung, als ob die Kinder der Arbeiter mit ansteckenden Krankheiten befallen seien.“ — Nachdem hierauf für ein ehemaliges Mitglied, welches durch Krankheit in Noth gerathen ist, eine Zellerfassung, welche 8 M. 86 Pf. ergab, beschlossen und der Fragelasten erledigt war, schloß der Vorstehende die Versammlung um 11 1/2 Uhr.

Der Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrik- und Handarbeiter hielt am Sonntag, den 21. März, seine regelmäßige Versammlung bei Wally, Andreasstraße 26, ab. Die Tagesordnung lautete: Vortrag des Herrn N. Kreuz über „Produktion und Konsumtion“, Monatsbericht vom Februar und Verschiedenes. Referent legte zunächst klar, wie thöricht es sei, wenn man glaube, die Innungen könnten dem heute so sehr daniederliegenden Handwerk aufhelfen oder den Arbeitern eine soziale Besserstellung schaffen. Bis zu Anfang dieses Jahrhunderts hätten die Innungen wohl in mancher Beziehung etwas leisten können, seit aber die Technik solche ungeheure Fortschritte gemacht, sei es unmöglich, einer Innung noch irgend welchen Werth beizulegen. Als man die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, welche Herr Kreuz in warmen Worten verteidigt, geschaffen, hätte man auch gleichzeitig Gesetze schaffen sollen, die eine Grenze setzten, wie weit die Ausnutzung der Arbeitskraft von Seiten des Kapitals gehen dürfe. Bei der heutigen schranken- und planlosen Produktionsweise läme es nur darauf an, recht große Kapitalien zu besitzen, um einen aufstauenden Konkurrenz immer wieder überflügeln zu können. Täglich würden durch das Großkapital kleine Gewerbetreibende in die Reihen des Proletariats gedrängt. Diese seien dann gezwungen, in die Fabriken zu gehen und drückten dadurch wieder den Lohn der Fabrikarbeiter auf ein Minimum herab. Auf diese Weise würde das Kapital in immer weniger Hände gebracht, während die große Masse des Volkes nicht einmal soviel besäße, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Wenn es so weiter gehe, dann läme es in absehbarer Zeit dahin, daß der Arbeiter überhaupt nicht mehr existenzfähig sei. Einer der bedeutendsten Männer habe jetzt von neuem darauf hingewiesen, in welcher erschauerlichen Weise die Produktion steige, während die Konsumtion im steten Sinken begriffen sei. Wenn auch die Statistik nachweise, daß in einem gewissen Zeitraum so und soviel Waaren nach Amerika oder anderen überseeischen Ländern geschafft würden, so sei damit doch noch nicht bewiesen, ob man diese Waare auch verbraucht habe oder ob sie dort noch aufgeschichtet sei. Alle diese wirtschaftlichen Uebelstände — so fuhr Referent fort — können nur beseitigt werden, wenn man der Gegenwart angepasste Gesetze schafft. Der sozialdemokratische Arbeiterschutzesentwurf sei ein solcher, den heutigen Verhältnissen Rechnung tragender Vorschlag; derselbe würde aber von den heutigen Gesetzgebern vermorschen und aus diesem Grunde sollten die Arbeiter dafür sorgen, daß Leute ins Parlament kämen, welche das Wohl des arbeitenden Volkes immer im Auge haben, dann würde es nicht lange dauern und die Schaar der Arbeitslosen würde verschwinden. Nachdem der Vortragende noch in überzeugender Weise darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, daß sich jeder Arbeiter einer Fachorganisation anschliesse, gelangte folgende Resolution zu einstimmiger Annahme: „Die heutige in Wally lokal tagende Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung u. erklärt sich mit Herrn Kreuz einverstanden und verpflichtet sich, im Sinne seiner Ausführungen zu wirken.“ In der Diskussion wies Herr Paulkat auf die Schäden hin, welche die Akkordarbeit für den Arbeiter sowohl als auch für die Industrie überhaupt mit sich bringe. Wenn man die Arbeiter fragen würde, ob sie für oder gegen die Maschine seien, so würden sie sich vielleicht für das letztere entscheiden (?) mindestens sei die Entscheidung zweifelhaft (?). Herr Kreuz bestritt die letztere Ansicht ganz entschieden und wünschte, die Technik möge sich immer mehr und mehr entwickeln; nur sollen die Maschinen nicht zum Nutzen Einzelner dienen, sondern dem Arbeiter die Arbeit erleichtern und der gesamten Menschheit dienstbar gemacht werden. In seinem Schlusswort striftete der Referent noch das Unfallversicherungsgesetz, kritisierte in scharfer Weise die Kirch-Dunder'schen Gewerksvereine und beleuchtete die Rückwärtsbestrebungen der christlich-sozialen Partei. Nachdem die Versammlung den Vereinsbericht vom Februar entgegen genommen, wurden noch einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt, worauf der Vorstehende die Versammlung schloß. Der Verein hält bis auf Weiteres seine Versammlungen jeden Sonntag nach dem 15. im oben genannten Lokale ab.

* Große Volksversammlung am 3. Berliner Reichstagswahlkreise, am Mittwoch, den 24. März, Abends 8 Uhr, im Louisestädtschen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37. Tagesordnung: Die Stein'sche Städteordnung, deren heutige Geltung und unsere Ziele auf diesem Gebiete nach den Waldra'schen Vorschlägen. Referent: Herr Reichstagsabgeordneter August Heine.

Fachverein der Schneider. Am dritten Ostersfeiertage veranstaltet der Vorstand im Deutschen Vereinshaus, Wilhelmstraße 118, eine gemütliche Abendunterhaltung, bestehend in Gesangs- und humoristischen Vorträgen, ausgeführt von hervorragenden Künstlern. Darauf Langtränken. Alles Nähere über Programm und Bezug der Billets in nächster Zeit.

Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen. Billets zu dem am Sonnabend, 10. April, in Keller's Salon stattfindenden Stiftungsfest, zum Preise für Herrn 50 Pfg., für Damen 25 Pfg., sind bei folgenden Vereinsmitgliedern zu haben: Frau Kubela, Frankfurter-Allee 109; Fr. Kreuz, Stallgerstr. 28; Fr. Stagemann, Barnimstr. 20; Frau Steindorff, Marienstr. 14.

Bezirksverein des werktätigen Volkes der Schönhäuser Vorstadt. Mittwoch, den 24. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Seefeldt, Grenadierstr. 33, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Baake. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder.

Verein für Technik und Gewerbe. Mittelstraße 65. Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, Vortrag. Gäste willkommen.

Letzte Nachrichten.

Laut Telegraph, der nach dem Ausdruck des Fürsten Bismarck: „Belogen, wie telegraphiert“, von haarsträubenden Uebertreibungen froh, nehmen die Zustände in Belgien nachgerade den Charakter einer „sozialistischen Revolution“ an. Anlaß zu solchen Uebertreibungen die große Ausbreitung des Streiks in Seraing und die Befürchtung, daß in dem flämischen Bezirk gleichfalls die Arbeitseinstellungen sich vermehren werden. Streiks wegen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverminderung nennen natürlich die Anhänger des goldenen Kalbes, das „Berliner Tageblatt“ voran: „sozialistische Revolution“. Man sieht, daß der rote Lappen nicht nur von Reaktionsären, sondern auch von Deutschfeindlichen geschwungen wird.

Die englische Ministerkrise ist zu dem Punkte gelangt, daß die Herren Chamberlain und Trevelyan, die sich mit Gladstone in der irischen Frage nicht einigen können, nunmehr bestimmt aus dem Kabinete austreten werden.

Der Streik in Decazeville besteht in aller Ruhe weiter und breitet sich immer mehr aus. Es werden allerdings

keine hohen Unterstüßungen gewollt, doch regelmäßige. Die dortigen Bergarbeiter sind sehr bescheiden und harren treu und einmütig aus, so daß die Gesellschaft wohl wird nachgeben müssen.

Aus New-York wird telegraphiert, daß am Montag in West-Bennsylvania gegen 4000 Grubenarbeiter den Streik erklärt haben. Auch haben sämtliche Weichensteller der Kanjas-Eisenbahn die Arbeit eingestellt, so daß der Verkehr der Güterzüge völlig auf dieser Bahn unterbrochen ist.

Literarisches.

Von dem illustrierten Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“, Hamburg, Verlag von J. G. W. Dietz, ist sechsten Heft 13 des ersten Jahrgangs erschienen.

Inhalt: Frühlings-Sonnenstrahl. Novelle von Paul Feldburg. (Fortsetzung). — Eine Frühlingswanderung durch Feld und Wald. Von W. Sorka. — Ein Lebensbild aus dem hohen Norden. Von M. Thoresen. (Schluß). — Warum? Ein Skizzenblatt von C. Colonus. — Gebrüder Therktes. Eine literarisch-kritische Skizze von Bruno Geiser. — Die englische Fabrik- und Arbeitergesetzgebung. Von August Heine. — Die Städtebeziehung in der Technik und Volkswirtschaft. Von Dr. Rehner. — Ein Abenteuer im Welt. Amerikanische Erinnerung von D. v. Briesen. — Unsere Illustrationen. Romeo und Julia. Im Eise fliehende Eisstern. Eingeschneit auf der Basisbahn. Regerkampf in Venezuela. — Für unsere Hausfrauen. — Vermischtes. — Rechen-Aufgabe. — Reduk. — Redaktions-Korrespondenz. — Keryllischer Rathgeber. — Wie wird Bier gebraut? — Mannichfaltiges. — Humoristisches.

Briefkasten der Redaktion.

R. S. Ladorf. „Die Volksstimme“ kostet vierteljährlich bei der Post abonniert 1 M. In der Postzeitungspreislifte ist das Blatt unter Nr. 5512 a 1. Nachtrag eingetragen.

Lustiger Adolf. 1. Daß Ihr Wirth, in dessen Haus Sie einen Postamentladen inne haben, einen anderen Laden an ein ähnliches Geschäft vermietet, giebt Ihnen nicht das Recht, vom Mietkontrakte zurückzutreten. 2. Der Abgeordnete Bebel gehört dem Reichstage von allen sozialdemokratischen Abgeordneten am längsten an.

A. S. L., Brunnenstraße. Samohl, aber nicht zu lang. **A. B.** Ein Rinderjähriger kann, wenn er ohne Genehmigung des Vormundes an einem anderen Ort Arbeit nimmt, auf Anordnung des Vormundschaftsgerichtes zurückgebracht werden. Das Wichtigste wird eine solche Anordnung aber nur aus besonders wichtigen Gründen treffen.

Wochenabonnent St. 20. Die Räumungsfrist für Wohnungen richtet sich nach der Zahl der vorhandenen heizbaren Zimmer, ohne daß es auf den Mietpreis ankommt. Es müssen geräumt werden:

Wohnungen mit 1 oder 2 heizbaren Zimmern am 1. April, 12 Uhr,
" mit " 3 " " " " 3. " " "
" mit mehr als 4 " " " " 2. " " "

L. R. 1. Die an Dienstboten gemachten Weihnachtsgeschenke können, wie alle anderen Geschenke, in der Regel innerhalb 6 Monaten widerrufen werden, und zwar ohne Angabe von Gründen. Wenn aber das Dienstmädchen durch besondere ungewöhnliche Dienstleistungen sich der Herrschaft verpflichtet hat (z. B. durch aufopfernde Pflege während einer Krankheit, durch Uebernahme von erheblichen Extraarbeiten), so findet ein Widerruf nicht statt. Ist ein Geschenk gültig widerrufen, so muß dasselbe in dem Zustande zurückgegeben werden, in welchem es sich zur Zeit des Widerrufs befindet. Der Dienstbote, dem z. B. ein Kleid geschenkt worden ist, braucht nicht den ursprünglichen Werth herauszugeben. Wenn Geld geschenkt worden ist, so kann die Herrschaft den später fälligen Lohn in Höhe des Geschenkes einbehalten. 2. Einen Schaden, den ein Dienstbote durch Unvorsichtigkeit der Herrschaft verursacht hat, muß derselbe ersetzen.

B. S., Halle a. S. Das Verlangen der Polizeibehörde ist durchaus gerechtfertigt. Sie müssen die Urabstimmung wiederholen, und zwar, da doch nicht alle Mitglieder an einer und derselben Verhandlung theilnehmen können, am besten folgendermaßen: Sie lassen das Statut in beliebig vielen Exemplaren bei allen einzelnen Mitgliedern zirkulieren und ersuchen alle diejenigen, welche das Statut genehmigen wollen, dasselbe zu unterschreiben und ihre Unterschrift durch die Polizei oder den Bezirks-Vorsteher beglaubigen zu lassen. Sie ersuchen ferner die einzelnen Fachvereine um Uebersendung eines Mitgliederverzeichnisses und stellen hieraus das Gesamtverzeichnis für die ganze Vereinigung zusammen.

Theater.

Mittwoch, den 24. März.
Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Frau Alpaşa.
Deutsches Theater. Don Carlos.
Wallner-Theater. Gastspiel des Herrn Thomas. Hasemann's Töchter.
Residenz-Theater. Frau Doctor, Schwant in 3 Akten von P. Ferricr u. S. Decage.
Belle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer: Sein Spei.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Jägerbaron, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiel und 3 Akten von Jakobson und Wilsen.
Louisenstädtisches Theater. Die Räuber.
Central-Theater. Der Stab-Trompeter.
Victoria-Theater. Resalina.
Ostend-Theater. Benefiz für Fr. Ida Müller. Die Waise aus Lomodo.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Rausmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15. [851]
Mittwoch, den 24. März 1886:
Extra-Vorstellung.
Einmalige Aufführung von:
Der Blutrichter von London.
Original-Schauspiel in 3 Akten von Hegler. Besetzung der Hauptrollen: Johanna Land: Hedwig Wiese, Gottlieb Kofe: Alfred Seefeld, Hamilton: Max Geride, Garrison: Theodor Weg. Donnerstag, 25. März: Schloß Greiffenstein. Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Wir haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Vassage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [852]
Kaiser-Panorama.
Nur diese Woche:
Rom Feldzug 1870/71. Eine Reise d. d. schöne Spanien. Ortho-Reise. Carolinen-Inseln. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Abonnement.
Nächste Woche: Tyrrol.

Durch die Geburt eines kräftigen Jungen wurden erfreut **Frik Grunpe** und Frau. Berlin, den 22. März 1886. [1099]

Unserem Kollegen **Gustav Mardiaschi** ein donnerndes Hoch zum heutigen Geburtstage! [1100]
Die Kollegen der Schwarz'schen Fabrik.

Allen lieben Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege und Mitglied des Fachvereins, der **Sattler Friedr. Vosskühler**, am Sonntag früh 5 1/2 Uhr verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Louisen-Kirchhofes, Brieger Schaussee, aus statt. [1102]
J. A.: F. Schapeau.

Unterstützungsverein der Buchbinder zc.

Die Beerdigung unseres so früh verstorbenen Kollegen **Wilhelm Klöter** findet Mittwoch, den 24. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Louisen-Gemeinde (Bris) aus statt. Die großen Verdienste, welche sich der Verstorbene im Vereine erworben, lassen eine rege Theilnahme voraussetzen. [1101]
Der Vorstand.

Delegirten-Versammlung [1104] der Drechsler und verw. Berufsgenossen

heute, Mittwoch, Abends präzis 8 1/2 Uhr, b. Gratzwell, Kommandantenstr. 77/79, oberer Saal. Alles Weitere siehe redaktionellen Theil dieser Zeitung. Die Lohnkommission.

Versammlung des Verbandes **deutscher Zimmerleute** (Lokalverband Berlin Moabit) am Donnerstag, den 25. März, Abends 8 Uhr, in **Donath's Lokal**, Alt-Moabit 90. Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. B. O. über: „Auf- und Niedergang des Handwerks“. 2. Vorschläge zur Delegirtenwahl und Reiseunterstützungsfrage. 3. Verschiedenes. [1090]
Der Vorstand.

Große Versammlung der **Schneidermeister u. -Gesellen** Donnerstag, den 25. März, Abends 8 Uhr, im Louisenstr. Concerthaus, Alte Jakobstr. 37. Tagesordnung: Die Handwerker- und Arbeiterfragen vor dem Deutschen Reichstage. Referent: Herr Reichstagsabgeordneter **Max Kaiser**. Freie Diskussion. Die Innung ist eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. [1106]
Der Einberufer.

Die Zeitungspedition von **Max Kirsch**, 28 Admiralstraße Nr. 28, empfiehlt sich zum bevorstehenden Quartalswechsel zur pünktlichen Versorgung des „Berliner Volksblatt“, sowie aller andern Zeitungen. [1069]

Preuss. Leihhaus, **Beuthstr. 14**, **Leihen-Gesellschaft**, **beleih** [1017] **Waaren aller Art.**

Neu **G. Sodtke.** Neu Admiralstr. 38. Admiralstr. 38. Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab a 15 Pf. Mittagstisch (Hausmannskost) a 50 Pf. mit Bier. Abendstisch nach Belieben. Billig und kräftig. [939]

Ab 1. April erscheint in München täglich:
Bayerische Volksstimme
Organ für das arbeitende Volk.
Herausgeber: G. v. Wollmar. — Verantw. Redakteur: Friedr. Löbnerberg.
Abonnementpreis: bei den Poststellen vierteljährlich M. 1,60, in München vierteljährlich M. 1,50, monatlich 50 Pf. [1098]
Probe-Nummer auf Verlangen gratis und franko.
München, im März 1886.
Administration der „Bayerischen Volksstimme“,
Neuhofstraße 3a.

Das **Hamburger Fremden-Blatt** (56ster Jahrgang) erscheint allabendlich mit dem Neuesten des Tages auf allen Gebieten und gelangt noch mit den Abendposten zur Versendung.
Inhalt:
Entschieden liberale Politik, orientirende politische Uebersicht, parlamentarische Original-Korrespondenzen aus hervorragender Feder, Reichstags- und Landtags-Berichte, Spezial-Telegramme über die Parlaments-Sitzungen des Tages, sämtliche Depeschen des Bureau Reuters. Vorzügliche Leitartikel.
Sehr reichhaltiges Feuilleton: Original-Abhandlungen bedeutender Autoren über Ausstellungen, Musikfeste zc., Korrespondenzen aus London und Paris, Modedriefe, naturwissenschaftliche Feuilletons, Roman, Konzert- und Theater-Referate, allerlei von den Gebieten der Künste und Wissenschaften.
Landwirthschaftliche Original-Artikel und Antworten durch einen Fachmann, Volkswirtschaftliches, Industrielles, Post- und Eisenbahn-Tarife.
Handels- u. Börsen-Nachrichten aus Hamburg vom selben Tage in umfangreichem Maße, tägliche Kursberichte, Wochenbericht des Hamburger Waarenmarktes, Fonds- und Waaren-Telegramme von allen Handelsplätzen.
Lokal-Nachrichten und Neuigkeiten aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg, aus dem Hannoverischen u. s. w., Schiffsberichte, Schiffslisten der täglich Cuxhaven passirenden und im Hamburger Hafen aus- und eingegangenen Schiffe, Witterungs-Beobachtungen der deutschen Seewarte, Sport-Neuigkeiten, sofortige telegraphische Meldung der Rennresultate von allen Rennplätzen, Familien-Nachrichten, Fallisements aus allen Ländern u. s. w.
Das allwöchentlich erscheinende Beziehungslistenblatt „Fortuna“ erhalten die Abonnenten des „Fremden-Blatt“ gratis.
Allen auswärtig lebenden Hamburgern, ferner den mit Hamburg in Geschäftsverbindung stehenden Deutschen und Ausländern, sowie allen Inhabern von Hotels und Restaurationen, Etablissements, Cafés u. s. w. aller Länder sei das in Hamburg beliebte und stark verbreitete „Hamburger Fremden-Blatt“ zum Abonnement bestens empfohlen.
Abonnements-Preis inkl. Postaufschlag pr. Quartal M. 5. Anzeigen, pr. Zeile 35 Pf., finden die weiteste und wirksamste Verbreitung. Probe-Exemplare auf Verlangen franko. [1097]

Reine **Möbel- und Polster-Waaren-Fabrik** befindet sich jetzt nur **Jernjalemerstr. 65**, nahe der Lindenstraße.
Georg Haake, früher Ocanienstr. 85/86.
Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik [1061] **A. Schulz**, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). **Neuere Waare** garantiert.
Ein Zuschneider, sind billig zu verkaufen. [1011] **Damen-Mädeln-Kostüme** **Wittwe Cich**, Admiralsstr. 13 II.
Ein febl. mbl. Zimmer mit sep. Eing. zu sol. Preis s. 1. April u. om. Raungrstr. 27, II. rechts.
Ein freundl. möbl. Zimmer ist bill. zu verm. Zempelherstr. 8, v. 4 Tr. Ww. Baumann.
Eine möbl. Schlafstelle zum 1. April s. verm. Marienstr. 7, Hof 1. 2. Aufg. 2 Tr. bei Wagnit.

Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie, Ziehung in Berlin **1.-4. Mal** **5000 Gew.** Original-Loose à 1 Mk. **anwiderruflich 1.-4. d. J.** im Gesamtw. von **62 900 M.** 11 Loose 10 Mk.

empfehlen und versendet, so lange der Vorrath reicht **R. Schumacher**, **General-Debit** **N.B. Marienburger und Ulmer Geld-Lotterie-Loose** versende à 3 Mark 50 Pf. franco Liste. Berlin C., Königstr. 14a. II.

Grosser Ausverkauf von Porzellanwaaren wegen Geschäftsaufgabe Dranienstr. 85/86.